

Dreikönigstreffen 2013:

## Wer regiert uns wirklich: Markt oder Politik? – Der Bürger und sein Staat aus theologischer Sicht



Wer regiert uns wirklich:  
Markt oder Politik? –  
Der Bürger und sein Staat  
aus theologischer Sicht

Dreikönigstreffen 2013  
des nordrhein-westfälischen  
Handwerks

Stenografisches Wortprotokoll des Dreikönigsforums mit

Professor Wolfgang Schulhoff  
Professor Dr. Erich Weede  
Klaus Reuter  
Dr. Jürgen Rüttgers  
Sven Gösmann  
Dipl.-Volksw. Josef Zipfel  
Professor Dr. Günther Nonnenmacher, Moderator

und des Dreikönigsessens mit

Professor Wolfgang Schulhoff  
Dr. h.c. Nikolaus Schneider  
Werner Böhnke

in der WGZ BANK AG  
Westdeutsche Genossenschafts-Zentralbank  
Ludwig-Erhard-Allee 20, Düsseldorf  
am Donnerstag, 17. Januar 2013

Dialog Handwerk 1/2013

Schriftenreihe:  
Dialog Handwerk 1/2013

Herausgeber:  
Nordrhein-Westfälischer Handwerkstag

Verantwortlich:  
Josef Zipfel

Stenografische Protokollierung und Rednerkorrekturen:  
Michael Roeßgen

Gestaltung:  
Jessica Handke

# Inhalt

- 5 **Zum Geleit**

## Dreikönigsforum

- 6 **Begrüßung**  
Professor Wolfgang Schulhoff  
Präsident des Nordrhein-Westfälischen Handwerkstags
- 9 **Einführung**  
Professor Dr. Günther Nonnenmacher  
Mitherausgeber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung
- 10 **Statements**  
Professor Dr. Erich Weede  
Rheinische Wilhelms-Universität Bonn  
Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie
- 14 Klaus Reuter  
Regionsvorsitzender Deutscher Gewerkschaftsbund  
Region Düsseldorf – Bergisch Land
- 15 Dr. Jürgen Rüttgers  
Ministerpräsident a.D. des Landes Nordrhein-Westfalen
- 18 Sven Gösmann  
Chefredakteur der Rheinischen Post Verlagsgesellschaft mbH, Düsseldorf
- 20 Dipl.-Volksw. Josef Zipfel  
Hauptgeschäftsführer des Nordrhein-Westfälischen Handwerkstags
- 21 **Aussprache**
- 28 **Schlusswort**  
Andreas Ehlert  
Vizepräsident des Nordrhein-Westfälischen Handwerkstags

## Dreikönigsessen

- 29 **Begrüßung und Einführung**  
Professor Wolfgang Schulhoff  
Präsident des Nordrhein-Westfälischen Handwerkstags
- 33 **Grußwort**  
Werner Böhnke  
Vorsitzender des Vorstands der WGZ BANK AG
- 36 **Festansprache „Der Bürger und sein Staat aus theologischer Sicht“**  
Dr. h.c. Nikolaus Schneider  
Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland  
Vorsitzender des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland
- 45 **Bisherige Veröffentlichungen**



## Zum Geleit

Dem Handwerk liegt die Soziale Marktwirtschaft als eine Ordnung der Freiheit und der Verantwortung am Herzen. In diesem Sinne ist das Dreikönigstreffen des Nordrhein-Westfälischen Handwerkstags seit rund drei Jahrzehnten ein Forum zur Diskussion über die ordnungspolitische Ausrichtung unseres Landes. Zum Jahresauftakt 2013 haben wir uns ein Thema gestellt, das nicht nur besonders kontrovers, sondern unter dem Eindruck der weltweiten Finanzmarktkrise und der europäischen Staatsschuldenkrise besonders dringlich ist: Regieren uns die Märkte oder gilt der Primat der Politik? Die Antwort darauf fällt nicht leicht – weder als Zustandsbeschreibung noch als Leitbild, denn in den vergangenen Jahren haben wir sowohl von politischen als auch von wirtschaftlichen Akteuren Verantwortungslosigkeit und Fehlentscheidungen erlebt. Notwendig ist daher eine ordnungspolitische Neujustierung des Verhältnisses von Politik und Wirtschaft, damit Freiheit und Verantwortung wieder zueinander finden, so wie es dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft entspricht. Zu diesem Thema haben wir bei unserem diesjährigen Dreikönigstreffen eine wirklich spannende und lebhaft Podiumsdiskussion erlebt. Es lohnt sich, die Positionen und Argumente unserer Referenten in Ruhe nachzulesen.

Moralisch und intellektuell beeindruckend war der Festvortrag des Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche in Deutschland, Dr. h.c. Nikolaus Schneider, zum Thema „Bürger und Staat aus theologischer Sicht“. Schneiders Worte haben alle Teilnehmer spüren lassen, wie viel die Kirchen auch heutzutage noch zur moralischen Orientierung unserer Gesellschaft beitragen können und wie sehr wir alle – gerade in den Zeiten einer fortschreitenden Entchristlichung – auf die Wortmeldungen der Kirchen angewiesen sind. Denn die Soziale Marktwirtschaft ist nicht zuletzt eine Werteordnung, die davon lebt, dass die Menschen ihre Entscheidungen auf feste moralische Überzeugungen gründen. Das Dreikönigstreffen war eine wunderbare Gelegenheit, sich dies vor Augen zu führen.

Wir wünschen allen Lesern eine angenehme und anregende Lektüre. Sie lohnt sich!

Nordrhein-Westfälischer Handwerkstag

Professor Dr. h.c. Wolfgang Schulhoff  
Präsident

Dipl.-Volkswirt Josef Zipfel  
Hauptgeschäftsführer

Düsseldorf, im Juni 2013

## Dreikönigsforum

### Begrüßung

**Prof. Wolfgang Schulhoff**  
**Präsident des Nordrhein-Westfälischen**  
**Handwerkstags**

Meine sehr verehrten Damen! Meine Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich begrüße Sie ganz herzlich zum traditionellen Dreikönigstreffen des nordrhein-westfälischen Handwerks. Ich freue mich, dass wieder so viele den Weg zum Handwerk gefunden haben.

Ich müsste Sie alle namentlich begrüßen, aber das würde natürlich die Veranstaltung zu lange hinziehen. Ich werde es kurz machen und darf einige wenige stellvertretend für alle Anwesenden begrüßen.

Lassen Sie mich mit dem Hausherrn beginnen. Ich bedanke mich ganz herzlich bei Herrn Werner Böhnke, dem Hausherrn hier. Ich begrüße ihn herzlich.

(Beifall)

Ich bedanke mich auch, lieber Herr Böhnke, bei Ihren Mitarbeitern für die Ausrichtung dieser Veranstaltung. Wir fühlen uns wohl bei Ihnen, wie Sie wissen. Wir würden auch in den nächsten Jahren gern wiederkommen. Das muss ja sein, und es ist schon Tradition in diesem Hause. Nochmals: Ganz herzlichen Dank!

Aus der Handwerksorganisation hat sich unser ZDH-Präsident Otto Kentzler entschuldigt. Er wollte kommen, aber er ist kurzfristig verhindert.

Ich darf meine Präsidentenkollegen ganz herzlich begrüßen. Ich begrüße Willy Hesse, Dieter Philipp, Hans Peter Wollseifer und Andreas Ehler, den Präsidenten des Unternehmerverbandes. Ich begrüße sie herzlich für alle Handwerker, die hier sind.

(Beifall)

Ganz herzlich begrüße ich auch unseren Ehrenpräsidenten Hansheinz Hauser.

(Beifall)



Lieber Hansheinz, es ist bemerkenswert, dich immer so fit und geistig rege zu sehen. Das spornt junge Leute wie mich förmlich an, auch so zu werden wie du.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir stehen am Beginn eines großen Wahljahres. Der Bundestagswahlkampf wirft seine Schatten voraus. Ich bin davon überzeugt, dass sich diese Wahl an den großen Fragen der Wirtschafts-, Währungs- und Finanzpolitik entscheiden wird. Von der nächsten Bundestagswahl wird also viel abhängen. Es wird nicht leichter, denn Europa steckt nach wie vor – lieber Herr Nonnenmacher, ich werde jetzt nicht über Griechenland reden – in einer großen Wirtschaftskrise, der größten seit dem Zweiten Weltkrieg. Wir alle wissen, es handelt sich nicht um eine vorübergehende konjunkturelle Krise, sondern um eine Orientierungskrise ganz besonderer Art.

Das Verhältnis von Markt und Politik, von Wirtschaft und Staat muss auf den Prüfstand. Wir haben uns deshalb im Vorfeld dieser Veranstaltung dafür entschieden, heute keinen Schaukampf der politischen Parteien mit vorgestanzten Antworten zu veranstalten. Uns geht es heute um etwas ganz Grundsätzliches. Es geht um die Frage, wer uns wirklich regiert, Markt oder Politik.



Diese Frage rührt an den Grundlagen unserer wirtschaftlichen und politischen Ordnung. Hier ist einiges durcheinandergeraten: durch verantwortungslose und kurzsichtige Akteure in den Finanzmärkten genauso wie durch verantwortungslose und kurzsichtige Akteure der Politik. Wir haben viele Belege für das unternehmerische und moralische Versagen von Marktakteuren. Das muss offen ausgesprochen werden.

Wir vom Handwerk haben das immer getan. Wir haben das auch in unseren vielen Symposien gemacht. Einige waren ja dabei. Dort haben wir uns deutlich auch von anderen Marktteilnehmern abgegrenzt. Wir haben uns natürlich nicht nur Freunde gemacht. Aber das war uns egal. Uns ging es immer um die Sache.

Wir haben aber auch viele Beispiele für das Versagen der Politik. Auch das gehört leider zur Wahrheit. Auf den ersten Blick gibt es viele Argumente für die Aussage, der Markt regiert uns, es gibt einen Primat der Wirtschaft.

Denn haben wir nicht erlebt, dass auf den Finanzmärkten Milliarden mit schlimmen Folgen für viele Privathaushalte und Unternehmen der Realwirtschaft verzockt wurden? Ist es nicht so, dass sich die Politik mit vielen maßgeschneiderten Privilegien und Eingriffen für die Finanzmärkte zum Büttel wirtschaftlicher Einzelinteressen gemacht hat?

Ich frage weiter: Ist vieles von dem, was wir an Staatenrettungspolitik in der Euro-Zone erlebt haben, erleben und noch erleben werden, nicht in Wirklichkeit eine Gläubigerrettungspolitik im Interesse einiger Großbanken und Hedgefonds?

Bei der letzten Tranche an Griechenland – das muss ich einmal erwähnen – hat sich sogar ein Hedgefonds bedankt, weil er ganz schnell einmal – einer nur von vielen – eine halbe Milliarde € verdient hat. Aber bitte, es ist so.

Lassen Sie mich weiter fragen: Haben nicht viele Unternehmen ihre Macht missbraucht, um sich vor der Verantwortung für ihre Entscheidungen zu drücken? Letztlich haftet an ihrer Stelle der Steuerzahler.

Aber anderes spricht gegen die populäre These vom Primat der Ökonomie. Es waren nicht zu-

letzt die öffentlichen Banken, Herr Böhnke, die in der Finanzmarktkrise viel Geld verbrannt haben, und das nicht nur in den USA, sondern auch bei uns in Nordrhein-Westfalen. In vielen Fällen war es die Politik, die durch falsche Eingriffe in den Markt zu verantwortungslosem Handeln geführt hat.

Die jahrzehntelang aufgetürmte Staatsverschuldung hat ebenfalls enorme Risiken in die Finanzmärkte hineingetragen, weil kein Staat Interesse daran hat, für seine Verschuldungspolitik ehrliche und realistische Risikoprämien zu zahlen. Oft genug erleben wir Politiker, die glauben, sie könnten ökonomische Gesetzmäßigkeiten ohne Rücksicht auf Verluste außer Kraft setzen.

Es ist also gar nicht so leicht, die Frage zu beantworten, ob wir unter dem Primat des Marktes oder unter dem Primat der Politik leben. Erst recht schwierig scheint die Frage nach der richtigen Balance zwischen Markt und Politik zu sein. Wie viel Markt und wie viel Politik wollen wir wirklich, das ist die Frage.

Schauen wir uns beide Seiten daraufhin näher an, stoßen wir sofort auf ein Bündel weiterer Fragen: Brauchen wir den Markt? Wo liegen die Grenzen des Marktes? Welche Regeln müssen wir den Unternehmen und Managern setzen? Wofür brauchen wir die Politik? Wo liegen die Grenzen der Politik? Welche Regeln und welche Grenzen müssen wir unseren Politikern letztlich setzen?

Offen gestanden, ich habe auf diese Fragen noch keine fertigen Antworten. Denn das Verhältnis von Markt und Politik ist kein Nullsummenspiel. Ich bin überzeugt, wir brauchen beides, wir brauchen einen starken Markt und eine starke Politik.

Wir brauchen einen starken Markt. Denn der Markt, das sind zunächst wir alle: als Unternehmer, als Beschäftigte, als Kunden und als Verbraucher. Das sind wir alle, in Selbstbestimmung, aber auch in Selbstverantwortung. Ich lege dabei Wert auf das Wort „Selbstverantwortung“.

Diesen Raum der Freiheit dürfen wir nicht einfach auf dem Altar der Politik opfern. Das kann nicht gutgehen. Die Politik darf uns nicht die Freiheit nehmen, sondern sie hat die Aufgabe, Freiheit und Verantwortung zusammenzubrin-

gen. Darauf kommt es an. Deshalb braucht der Markt Regeln. Deshalb braucht der Markt Grenzen.

Dazu brauchen wir eine starke, handlungsfähige Politik. Aber stark kann die Politik nur sein, wenn sie ihre eigenen Grenzen kennt. Wenn sie ihre Kräfte jedoch überschätzt, wird sie auf Dauer schwach. Die Politik kann den einzelnen Menschen nicht alle ökonomischen und moralischen Entscheidungen abnehmen. Denn die Politik ist nicht der bessere Unternehmer. Die Politik kann nicht über Geschäftsmodelle entscheiden und diese verantworten. Das kann nur der Unternehmer, der für die Folgen seines Tuns auch geradesteht, der also für alles, was er tut, auch haftet. Denn die Haftung ist das beste Korrektiv überhaupt, viel besser als alle Gesetze, die man machen kann. „Haften, haften und nochmals haften“, kann ich nur sagen.

Die Politik darf sich erst recht nicht zum Vehikel wirtschaftlicher Einzelinteressen machen. Sie darf nicht durch falsche Anreize und Markteingriffe dazu beitragen, wirtschaftliche Akteure auf die schiefe Bahn zu bringen. Auch das haben wir auf den Finanzmärkten gemerkt und zu spüren bekommen, wenn man allein an die Subprime-Krise in Amerika denkt. Da war doch die Politik der treibende Faktor, und alle anderen haben versagt.

Aber die Politik kann keine ökonomischen Gesetzmäßigkeiten außer Kraft setzen. Was ökonomisch vernünftig ist, ist auf lange Sicht politisch auch sinnvoll und auch vernünftig. Wer das ignoriert, wird früher oder später von seinen eigenen Sünden eingeholt. Das sehen wir jetzt in Europa.

Wir dürfen also Markt und Politik nicht gegeneinander ausspielen. Wir müssen wieder lernen,

die Ordnung der Dinge zu erkennen. Es geht im Grunde darum, Freiheit und Verantwortung zusammenzubringen.

Leistung muss sich lohnen, aber nicht auf Kosten Dritter. Das war immer die Stärke der Sozialen Marktwirtschaft. Und darauf kommt es in Europa nach wie vor an. Wenn die europäische Integration Bestand haben soll, brauchen wir einen Konsens in Bezug auf die Aufgaben und die Grenzen der Politik. Diese Diskussion wird jetzt durch Großbritannien noch etwas beschleunigt. Großbritannien greift auch da an, woran wir selber in diesem Raum auch einmal Kritik geäußert haben. Es muss also ein Konsens hergestellt werden über den Wert und die Verantwortung von freiem Unternehmertum.

Ich bin froh, dass ich heute solche wichtigen Fragen und Thesen nur benennen, aber nicht alle Fragen beantworten muss. Dazu haben wir heute eine hochkarätige und bunt gemischte Podiumsrunde, die eine spannende und lebhaft Diskussionsrunde verspricht. Die Moderation liegt in den bewährten Händen von Professor Günther Nonnenmacher, den ich herzlich begrüße.

(Beifall)

Herzlichen Dank, lieber Herr Nonnenmacher, dass Sie diese Aufgabe übernommen haben. Sie haben auch die Aufgabe übernommen, die Podiumsteilnehmer einzeln vorzustellen und zu begrüßen, obwohl wir keinen vorstellen müssten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das war es von meiner Stelle aus. Ich wünsche uns jetzt einen schönen, interessanten Nachmittag. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

## Podiumsrunde

**Prof. Dr. Günther Nonnenmacher,  
Mitherausgeber der „Frankfurter  
Allgemeinen Zeitung“**

Meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen allen und uns Podiumsteilnehmern, die wir hier sitzen, zunächst einmal ein gutes neues Jahr wünschen. Wenn ich die Wirtschaftsprognosen und die Prognosen für unsere Zeitungen sehe, dann können wir das gebrauchen. Ich hoffe, das Handwerk hat demgegenüber keinerlei Sorgen.

Herr Schulhoff hat natürlich die Fragen, die sich bei diesem Thema stellen, schon umrissen. Mich hat die Formulierung an ein ökonomisches Grundlagenwerk erinnert, das ich irgendwann einmal im Proseminarstudium meiner Studien gelesen habe – Eugen von Böhm-Bawerk „Macht oder ökonomisches Gesetz?“. Vielleicht sagt das einigen von Ihnen etwas.

In der Tat, die Frage ist nicht neu. Ich glaube – auch das haben Sie angedeutet, Herr Schulhoff –, dass die Frage allerdings auch nicht ein für alle Mal eine Antwort finden kann. Ich habe das Gefühl, dass, wenn man so will, Markt und Politik in einem jeweils neu auszutarierenden Gleichgewicht stehen. Das neu Auszutariierende besteht darin, dass sich halt ökonomische Prozesse ändern. Das Verhältnis von Markt und Macht muss sich vielleicht in Zeiten der Globalisierung anders definieren lassen als in Zeiten, als es wirklich noch den geschlossenen Nationalstaat gab. Nationalökonomie ist heutzutage ein im Grunde überholter Begriff.

Die Frage hat sich mir als Journalisten aber auch noch auf eine andere Art und Weise gestellt – vielleicht kennen Sie ein neueres Buch von dem englischen Politologen namens Colin Crouch. Das heißt „Postdemokratie“. Ich greife als Beispiel Griechenland doch noch einmal auf, jetzt nicht im ökonomischen Sinne, Herr Schulhoff.

In Griechenland stellt sich schon die Frage, ob Demokratie, die ja unter anderem auch kollektive Selbstbestimmung sein soll, also dass die Leute über ihr Schicksal als Volk, als Nation selbst entscheiden, nicht ausgehebelt wird, wenn die ökonomischen Umstände halt so sind, dass eine

Regierung und damit auch ein Volk eigentlich gar keine Alternative hat.

Ich fand – bei aller Ehrfurcht vor der Gesellschaft für deutsche Sprache – die Wahl des Wortes „alternativlos“ zum Unwort des Jahres etwas unpassend. Ehrlich gesagt, welche Alternativen haben zum Beispiel die Griechen? Gibt es dort noch demokratische Selbstbestimmung? Die Frage stellt sich durchaus. Wir haben, wie Sie, Herr Schulhoff, gesagt haben, hier ein ideales Panel, um Versuche, wo die Antworten vielleicht zu finden sind, zu starten.

Ich beginne mit der Vorstellung. Zu meiner Rechten – natürlich muss ich ihn nicht vorstellen – Dr. Jürgen Rüttgers, Ministerpräsident dieses Landes.

(Beifall)

Das „a.D.“ kommt einem schwer über die Lippen.

(Heiterkeit)

Neben Herrn Rüttgers sitzt Professor Erich Weede, den ich bewundere. Ich war ja auch einmal an einer Universität als Wissenschaftler tätig, kann aber nicht im Geringsten behaupten, dass ich die ganze Breite der Sozialwissenschaften so abgesprochen hätte wie er – von der Psychologie zur Soziologie zur Politologie oder sagen wir lieber zur Politischen Wissenschaft und dann auch zur Ökonomie. Herr Professor Weede wird dann gleich ein einführendes Statement abgeben.

(Beifall)

Über Herrn Zipfel brauche ich nun in der Tat kein Wort zu verlieren.

(Beifall)

Ich nehme an, Sie sind täglichen Jubel in diesem Kreis gewöhnt.

Neben mir sitzt Klaus Reuter. Er ist der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes für die Region Düsseldorf – Bergisch Land. Ich habe einmal am Rande des Bergischen Landes gewohnt. Sagt man nicht Bergisches Land, sondern Bergisch Land?

(Klaus Reuter: Manchmal so, manchmal so.)

Das ist Geschmackssache, okay. Also ein Vertreter des DGB, der in dieser Region gut verwurzelt ist und die ökonomische Lage der Region kennt.

(Beifall)

Meinen Kollegen auf der Linken – geografisch gesehen – brauche ich auch nicht vorzustellen. Sven Gösmann ist Chefredakteur der „Rheinischen Post“.

(Beifall)

Damit wir gleich in die Mitte des Sujets kommen, bitte ich Herrn Professor Weede, sein einleitendes Statement abzugeben.

## Statement I

**Prof. Dr. Erich Weede,  
Rheinische Wilhelms-Universität Bonn  
Institut für Politische Wissenschaft  
und Soziologie**

Sehr geehrte Damen und Herren! Die mir vorgegebene Fragestellung lautet „Wer regiert uns wirklich – Markt oder Politik?“. Meine Antwort ist kurz: Leider regiert uns die Politik. Und: Das lässt sich auch nicht vermeiden.

Warum? Das „Leider“ würde ich damit begründen, weil es besser wäre, wenn die Politik dem Markt mehr Spielraum ließe, als sie es tut. Andererseits ist es unvermeidbar, dass die Politik die Rahmenbedingungen des Marktes setzt. Denn wer soll das tun, wenn nicht die Politik?

Trotzdem ist für mich das Hauptproblem, dass die Politik zu viel und oft ungeeignet in den Markt eingreift, obwohl ich Ihnen auch Beispiele dafür geben werde, wo die Politik zu untätig war.

Warum erhoffe ich vom Markt Gutes und befürchte bei der Politik vor allem Versagen? Dazu einige grundsätzliche Überlegungen zunächst zum Markt und dann zur Politik.

Der Markt ist eine Einrichtung, die den Tausch ermöglicht. Wo der Tausch auf beiden Seiten freiwillig ist – das ist eine notwendige Voraussetzung für meine Schlussfolgerung –, da führt der Tausch in der Regel zur Besserstellung beider Tauschpartner. Denn bei Freiwilligkeit würde man sich sonst nicht auf den Tausch einlassen. Schon gar nicht würde man sich mehrmals nacheinander mit demselben Tauschpartner auf Tauschgeschäfte einlassen, wenn das nicht vorteilhaft wäre.

Natürlich setzt der Markt voraus, dass man seinem Tauschpartner etwas zu bieten hat, entweder Produkte oder Dienstleistungen. Auf einem Markt, der durch freiwillige Geschäftsabschlüsse und durch Wettbewerb gekennzeichnet ist, haben alle Beteiligten den Anreiz, die Interessen ihrer Geschäftspartner zu berücksichtigen. Der Markt zwingt auch Egoisten, so zu handeln, als ob man ein Interesse am Wohlergehen der Tauschpartner hätte. Deshalb ist schon ein freier Markt an sich sozial, denn er zwingt den Menschen so zu tun, als ob er einen besseren Charakter hätte, als manch einer von uns vielleicht hat. Das wusste schon Adam Smith vor mehr als 200 Jahren. Und deshalb sprach er von der unsichtbaren Hand.

Was kennzeichnet die Politik? Die Politik wird vor allem charakterisiert durch den Kampf um Macht. Das bedeutet natürlich: durch den Kampf um die Macht im Staat. Wer die Macht im Staat hat, ist in der Lage, andere zu zwingen.

Zwang ist zweifellos manchmal notwendig und im Interesse aller. Zwang dient manchmal dem Gemeinwohl. Ich denke, wir können uns alle auf so simple Aussagen verständigen, wie, dass wir nicht wünschen, dass in Kindergärten oder auf Schulhöfen Schießübungen stattfinden. Wenn derartiges Geschehen unterbunden wird, sehe ich darin einen ganz unproblematischen Beitrag zum Gemeinwohl.

Aber damit der Staat dieser Aufgabe und anderen unproblematischen Aufgaben – wie dem Schutz der Eigentumsrechte oder der Durchsetzung freiwillig eingegangener Verträge – nachkommen kann, ist es unvermeidbar, dass der Staat Steuern erhebt. Und weil nicht alle von uns immer freiwillig bereit sind, dem Staat das zu geben, was der Staat braucht, wenn er seine Aufgaben wahrnehmen soll, muss die Steuer notfalls auch

mit Zwang eingetrieben werden. Aber der Steuerzwang ist zweifellos notwendigerweise eine Begrenzung der individuellen Freiheit von allen Steuerpflichtigen, vor allem auch von nennenswert Steuerpflichtigen, wozu viele, jedenfalls alle halbwegs erfolgreichen Unternehmer gehören.

Beim Steuerzwang kann man gleich zwei Fragen stellen. Ich nehme einmal als Ausgangspunkt ein Ereignis in unserem Nachbarland, wo der neu gewählte Präsident Hollande versucht, eine Steuer für die Besserverdiener oder für die Reichen von 75 % durchzusetzen. Bei einem derartigen Steuersatz stellen sich zwei Fragen.

Erstens: Ist ein derartiger Steuersatz mit dem, was ich für einen ganz zentralen Grundgedanken eines jeden freiheitlichen Rechtsstaates halte, noch vereinbar? Der Grundgedanke, den ich meine, ist das Selbsteigentum. Jeder Mensch, vor allem jeder erwachsene Mensch gehört sich selbst, entscheidet für sich selbst, sollte natürlich, wie Herr Schulhoff vorhin richtig gesagt hat, auch die Folgen seiner Entscheidungen möglichst selbst tragen müssen. Kinder haben einen Vormund, normalerweise ihre Eltern. Kinder brauchen einen Vormund, aber ich rede jetzt von zurechnungsfähigen Erwachsenen, also von der Masse der Bevölkerung.

Wenn man sich selbst gehört, dann ist es eigentlich naheliegend, dass einem auch die Früchte der eigenen Arbeit gehören. Ich habe keine grundsätzlichen Probleme damit, dass wir alle ein Interesse an der Existenz des Staates haben, der etwa Gewalt unterbindet, der Recht durchsetzt, und dass wir alle bis zu einem gewissen Rahmen steuerpflichtig sind. Aber wenn man deutlich jenseits dessen ist, was Paul Kirchhof einmal den Halbteilungsgrundsatz nannte, dann habe ich langsam Zweifel, ob ein derartiger Steuersatz noch mit dem Selbsteigentum und damit mit den Grundsätzen einer freiheitlichen Gesellschaft vereinbar ist.

Außerdem möchte ich natürlich auch eine technische Frage anschließen. Man kann sich nämlich auch fragen, ob ein Steuersatz von 75 % noch im Interesse des Staates ist. Es könnte ja sein, dass nicht nur der eine oder andere Obelix-Schauspieler das Land verlässt, sondern dass auch weniger bekannte, dafür aber als Arbeitgeber wichtigere Personen das Land verlassen, und es könnte sein,

dass die unternehmerische Initiative sehr vieler Menschen dadurch so beschädigt wird, dass unter Umständen bei einem Steuersatz von 75 % weniger als bei einem Steuersatz von 49 oder 50 % herauskommt.

Der Grund, warum ich vorhin gesagt habe, dass leider die Politik uns regiert, ist folgender: Oft ist es so, dass die Politik Tauschgeschäfte zwecks gegenseitiger Besserstellung – das sind aus meiner Sicht unproblematische, das sind willkommene Tauschgeschäfte auf dem Markt – durch politisches Handeln unterbindet. Dafür möchte ich zunächst nur zwei Beispiele angeben. Einmal der Protektionismus oder Handelsschranken. Dadurch werden Tauschgeschäfte zwischen inländischen Konsumenten und ausländischen Produzenten unterbunden.

Zugegeben: Jenseits des Agrarmarktes ist der Protektionismus bei uns kein wirklich drängendes Problem. Aber er war ein großes Problem zwischen den beiden Weltkriegen, und auch in den 1950er- und 1960er-Jahren spielte er noch eine wichtige Rolle.

Ich möchte ein zweites Beispiel nehmen – dann bin ich sozusagen mitten in den politischen Fettöpfchen, mitten in einem heiß umstrittenen Thema –: die Regulierung von Arbeitsmärkten. Hier möchte ich nur zwei Punkte nennen: einmal die Minimallöhne und zum anderen den Kündigungsschutz.

Beide Maßnahmen führen nach Auffassung der allermeisten Ökonomen, auch der allermeisten Qualitätszeitungen, wenn ich etwa an den Wirtschaftsteil der „FAZ“ oder auch an das „Handelsblatt“ denke, dazu, dass es, wenn die Minimallöhne zu hoch angesetzt sind, wenn der Kündigungsschutz allzu gut ist, schwerer wird, neue Arbeitsplätze zu schaffen. Opfer einer allzu starken, einer allzu gutmütigen Reglementierung der Arbeitsmärkte sind oft die Jugendlichen. Ich nenne nur Spanien mit einer Jugendarbeitslosigkeit in der Nähe von 50 %. Aber auch in unserem größeren Nachbarland Frankreich ist die Jugendarbeitslosigkeit ja wesentlich höher als bei uns.

Natürlich weiß ich, dass die Regulierung des Arbeitsmarktes nicht der einzige Grund ist, warum die Jugendarbeitslosigkeit in vielen Mittelmeerlandern wesentlich höher ist als bei uns. Ich habe

schließlich schon mehrere Veranstaltungen des Nordrhein-Westfälischen Handwerkstags und der Handwerkskammer besucht und dabei auch lernen können, dass eine geeignete Form der Berufsausbildung, dass ein duales System, mit einer Lehre wie bei uns im Handwerk, eine ganz entscheidende Maßnahme ist, um Jugendarbeitslosigkeit zu verringern.

Aber wir brauchen in gewisser Weise beides. Wir brauchen ein duales System und wir brauchen nicht allzu viel Reglementierung. Wir brauchen keine allzu hohen Löhne zum Beispiel für junge Leute. Wir brauchen auch keinen allzu guten Kündigungsschutz.

Wenn wir derartige Fehlregulierungen haben, wenn wir durch Protektionismus wechselseitig vorteilhafte Geschäfte zwischen Konsumenten und Produzenten unterbinden oder durch Überregulierung des Arbeitsmarktes Tauschgeschäfte zwischen potenziellem Arbeitgeber und potenziellem Arbeitnehmer, dann entsteht der falsche Anschein von Marktversagen. In Wirklichkeit steckt aber Staatsversagen dahinter. Auch wo es keine duale Ausbildung gibt, sondern nur eine Ausbildung, mit der man auf dem Arbeitsmarkt nichts anfangen kann, auch da würde ich das Staatsversagen nennen.

Menschen machen immer Fehler. Das gilt für Menschen auf dem Markt, das gilt für Menschen im Staat. Aber: Es gibt eine Faustregel, die die Korrigierbarkeit von Fehlern angeht. Je ohnmächtiger derjenige ist, der Fehler macht, desto leichter sind die Fehler korrigierbar.

Ein amerikanischer Politikwissenschaftler hat einmal Macht definiert als die Fähigkeit, nicht dazuzulernen. Wer mächtig ist, kann sich gegen diese Zumutung wehren. Ich behaupte, dass die Macht auf den Märkten in aller Regel recht dezentralisiert ist, dass politische Macht dagegen in fast allen Staaten – rühmliche Ausnahme ist die Schweiz – stark zentralisiert ist. Und Deutschland ist sicher ein Beispiel für einen Staat mit stark zentralisierter Macht. Denn unsere Bundesländer haben weniger Macht und Selbstständigkeit als die viel kleineren Schweizer Kantone.

Wenn die politische Macht stärker zentralisiert ist als die ökonomische Macht und wenn Machtzentralisation die Korrektur von Fehlern schwerer

oder gar unmöglich macht, dann sollten wir versuchen, so viele Aufgaben wie möglich auf den Markt zu schieben und so wenig Aufgaben wie möglich auf den Staat.

Der Markt hat noch einen weiteren Vorteil neben der leichteren Korrigierbarkeit von Fehlern: Auf dem Markt ist Fehlerausgleich möglich. Denken Sie an den Produzenten eines beliebigen Gutes. Wenn der eine Produzent die Nachfrage überschätzt, der andere sie unterschätzt, dann kann das dem Konsumenten ziemlich egal sein. Die beiden Fehler gleichen sich aus der Perspektive des Konsumenten aus.

Und wenn wir wie im Handwerk und im Mittelstand Eigentümerunternehmer haben – leider nicht in der Großindustrie –, dann haben wir außerdem noch optimale Anreize zur Fehlervermeidung; denn der Eigentümerunternehmer riskiert ja bei hinreichend großen Fehlern sein eigenes Unternehmen, der riskiert den Bankrott, der wird sich Mühe geben, Fehler zu vermeiden, denn er kann die Fehler nicht anderen anlasten.

In der Politik dagegen ist sozusagen die Haftung für eigene Fehler dank der Machtzentralisierung und dank der schwerwiegenden Folgen, die Fehler haben können, schlicht und einfach nicht denkbar. Denken Sie etwa an die Maßnahmen zur Euro-Rettung. Da wird geschätzt – etwa von Hans-Werner Sinn, aber ich habe auch in der „Neuen Zürcher Zeitung“ ähnliche Zahlen gelesen –, dass Deutschland für 1.000 Milliarden oder 1 Billion € haftet. Ich weiß nicht, wie groß das Privatvermögen von Frau Merkel oder von Herrn Schäuble ist, aber ich bin ganz sicher, dass selbst ihr gemeinsames Privatvermögen nicht ausreicht, um den Schaden zu tragen, falls sie einen Fehler gemacht haben sollten. Bei Menschen sind ja Fehler immer möglich. Vermutlich ist heute noch nicht einmal klar, ob das ein Fehler war oder ob es keiner war. Über Rechtsfragen brauchen wir in Anbetracht des Unvermögens, sich am Schaden auch nur nennenswert zu beteiligen, gar nicht mehr nachzudenken.

Viele Leute sind optimistischer über die Politik als ich, weil sie glauben, dass der Zwang in der Demokratie seinen Schrecken verliert. Nun, das glaube ich nicht. Ich bin zwar froh, dass wir in der Demokratie alle vier Jahre wieder Politiker, die wir für ungeeignet halten, entlassen können,

aber der Wähler ist durch rationale Ignoranz gekennzeichnet.

Wir sind ungefähr 80 Millionen Menschen, wir haben etwa 50 Millionen Wähler, und nun überlegen Sie sich, was Sie durch eine vernünftige Stimmabgabe bewirken können. Wenn Sie ehrlich zu sich sind: gar nichts.

Ich nehme an, die Anwesenden, schon weil Sie in dieser Veranstaltung sind, interessieren sich trotzdem für Politik, aber Sie alle kennen sicher viele Erwachsene, die das nicht tun und die die rationale Ignoranz voll ausleben und genießen.

Die rationale Ignoranz hat die Folge, dass in der Demokratie Partikularinteressen dominieren. Wer macht seine Stimmabgabe von den Preisen von Agrarprodukten abhängig? Die Bauern. Wer macht von Minimallöhnen seine Stimmabgabe abhängig? Geringverdiener. Wer von gebührenfreien Studienplätzen? Studenten. Wer von Rentenerhöhungen? Rentner. Und wenn sozusagen immer das eigene Partikularinteresse das Stimmverhalten dominiert, dann zwingen wir in unserer Eigenschaft als Wähler die Politiker, die Partikularinteressen zu berücksichtigen und das Gemeinwohl zu vergessen.

Aber selbst wenn wir nicht an unsere Sonderinteressen denken, sondern mal altruistisch sind, zwingen wir Wähler oft noch die Politiker zum unvernünftigen Handeln. Viele Wähler glauben nämlich – das ist ein sympathischer Zug, der trotzdem zu Fehlern verleiten kann –, dass, wenn Menschen gekündigt werden, das Unglück über die Familien bringt und man folglich einen Kündigungsschutz braucht. Die glauben vielleicht, dass man von sechs Euro die Stunde nicht leben kann, was ich irgendwie nachvollziehen kann. Aber derartige Einsichten ändern nichts daran, dass eine Regulierung des Arbeitsmarktes zugunsten von Insidern oder Arbeitsplatzbesitzern bei den Outsidern oder denjenigen, die keinen Arbeitsplatz haben, Schaden anrichtet. Auch hier kann die Politik, wenn sie auf die humanitären Impulse der Wähler hört, mit zu viel Reglementierung Schaden anrichten.

Ich möchte Ihnen noch ein Beispiel dafür geben, dass die Politik nicht nur oft zu viel tut und Partikularinteressen dient, sondern dass sie auch manchmal zu wenig tut. Jetzt werden Sie

sich vielleicht wundern – Sie haben vermutlich schon gemerkt, dass ich ein recht radikalliberaler Mensch bin –, dass ich nun ein Argument vortrage, das man sonst eher bei Leuten hört, die mir politisch eher fern stehen. Es ist ordnungspolitisches Versagen des Staates, dass es bei uns und überall im Westen systemrelevante Banken gibt. Ich rede jetzt nicht nur von Deutschland; das gilt in Amerika mindestens so stark wie bei uns, es gilt in Frankreich, es gilt in Großbritannien. Die hätte es nicht geben dürfen. Und hier bin ich ausnahmsweise mal derselben Meinung wie keynesianische oder linke Ökonomen, wie etwa Joseph Stiglitz, der das auch immer wieder betont.

Die Tatsache, dass es systemrelevante Banken gibt, dass also der Steuerzahler in Haftung genommen wird für Fehler, die auch dort gemacht werden, ist für mich Politikversagen. Das hätte man nie zulassen dürfen. Auch andere Unternehmen unterliegen ja dem Kartellrecht, auch andere Unternehmen dürfen nicht beliebig wachsen.

Aber das entscheidende Beispiel für Politikversagen ist für mich die Tatsache, dass alle westlichen Demokratien inzwischen hoch verschuldet sind. Wenn man zu den expliziten Staatsschulden in Deutschland in der Nähe von 80 % die impliziten hinzurechnet, so kam man nach der „Financial Times“ vor drei Jahren, vor Beginn der Euro-Rettung auf 400 % für Deutschland – nebenbei: auch für Großbritannien –, auf 500 % für die USA und Frankreich, auf 800 % des Bruttoinlandsproduktes für Griechenland. Ich denke, dass es in einer Zeit, wo überall die Staatshaushalte von Sozialausgaben dominiert werden, keine ethische Rechtfertigung für einen Sozialstaat auf Pump geben kann.

Ich persönlich bin – das gebe ich gerne zu – für weniger Sozialstaat, als wir haben. Aber ich würde zugeben, es gibt schwierige ethische Kontroversen darüber, wie viel Sozialstaat es geben muss. Aber ich habe bisher noch keine halbwegs seriöse Begründung – sei es sozialstaatlicher, sozialistischer Art, sei es christlicher Art – für einen Sozialstaat auf Pump gelesen. Das ist das, was wir in allen westlichen Gesellschaften praktizieren. Ich rede jetzt nicht über 10 oder 20 % des Bruttoinlandsproduktes, sondern ich rede über ein Vielfaches des Bruttoinlandsproduktes. Seit 30, 40 Jahren wissen wir, dass wir eine ergrauende Gesellschaft haben und dass es eine Zumu-

tung ist, einer zahlenmäßig schwächeren Generation mehr Schulden zu vererben.

Wir haben also jetzt drei Gründe für schwächeres Wachstum und damit für eine abnehmende Schuldentragfähigkeit: die Demografie in Deutschland – das Ergrauen –, die zu hohen Staatsquoten, die an sich das Wirtschaftswachstum verlangsamen, und Staatsschuldenquoten, die – jetzt denke ich an die expliziten Staatsschuldenquoten –, wenn sie über 90 % gehen, auch eine Wachstumsbremse sind. Und wir werden bald mit der Euro-Rettung diesen Betrag überschreiten.

Angenommen, alles, was wir für fremde Schulden haften, würde heute fällig, dann hätten wir heute am Abend eine Staatsschuldenquote von 120 %, wenn wir heute am Morgen mit 80 % angefangen haben. Damit wären wir weit jenseits der Schwelle, wo das Wachstum nach neuen amerikanischen Untersuchungen deutlich abnimmt.

Der Staat macht viele Fehler. Die sind schwer korrigierbar. Wenn der Staat mal was richtig macht, dann empfinden hinterher die verantwortlichen Politiker auch noch Reue. Ich möchte Ihnen dafür ein Beispiel nennen: Die große Koalition hat die Veränderung der Altersgrenze von 65 auf 67 Jahren durchgesetzt. Dieses war in Anbetracht der Demografie in unserem Lande notwendig. Müntefering sagte einmal dazu sehr schön, dazu reicht Volksschule Sauerland. Ich denke, dass dazu tatsächlich gesunder Menschenverstand ausreichen sollte. Aber gerade seine eigene Partei empfindet nur noch Reue über die Einsicht in die Notwendigkeit.

Die Politik hat zu selten den Mut, das Nötige zu tun, und es fehlt ihr vielleicht auch oft der wirtschaftliche Sachverstand und die Einsicht in die Notwendigkeiten. – Ich danke für Ihre Geduld.

(Beifall)

**Prof. Dr. Günther Nonnenmacher:**

Vielen Dank, Herr Professor Weede. Das war, wie man so zu sagen pflegt, ein starker Aufschlag. An Klarheit haben es Ihre Thesen nicht fehlen lassen.

Immerhin: Ich habe in meinen einleitenden Worten von Demokratie als kollektiver Selbstbe-

stimmung gesprochen. Davon haben Sie nicht geredet, dass es auch eine eigene ethische Dignität von Politik, also von Machterwerb und Machtausübung gibt. Ehrlich gesagt, was es mit der rationalen Ignoranz letztlich auf sich hat, das heißt, welche Schlüsse wir daraus ziehen sollen – sollen wir nicht mehr wählen gehen, weil es ohnehin keinen Sinn hat –, das frage ich mich auch. Aber das sind alles Fragen, mit denen sich als übernächster dann sicherlich Herr Rüttgers auseinandersetzen muss.

Übrigens – das muss ich schon noch anfügen: Politische Macht ist immer eingeschränkte Macht. Es gibt Checks and Balances, es gibt vor allen Dingen die Verfassung. Also Machtausübung ist ja nicht unbegrenzt.

Wir kommen, hoffe ich, zu einer Antithese, Herr Reuter. Ich hoffe auch, dass Sie sich in Anbetracht des Diskussionswillens, der im Publikum doch sicherlich ist, etwas kürzer fassen können.

## Statement II

**Klaus Reuter, Regionsvorsitzender  
Deutscher Gewerkschaftsbund,  
Region Düsseldorf – Bergisch Land**

Ich will es tatsächlich ein bisschen kürzer machen. Als ich die Einladung erhielt, habe ich in meiner Umgebung eine zugegebenermaßen überhaupt nicht repräsentative Umfrage gemacht und gefragt: Leute, was soll ich denn darauf sagen? Etwas vereinfacht holzschnittartig gesagt, war das Ergebnis: Sage denen, Politik ist fest im Griff von weltweit agierenden Großbanken und Konzernen.

Worauf basiert das? Menschen, die ihre Arbeitskraft verkaufen müssen, weil sie eben nichts anderes haben als ihre Arbeitskraft, erleben nun seit Jahren, dass ihr Anteil am gesellschaftlichen Reichtum kontinuierlich sinkt, während der Reichtum in den Händen einiger weniger immer exorbitanter ansteigt. Die solidarische Gesellschaft ist demaskiert, weil im Arbeitsmarkt ein Teil der Menschen dauerhaft ohne Aufstiegschancen abgehängt wird, gefangen in einem wachsenden Niedriglohnbereich.



Alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben zwischenzeitlich diesen Niedriglohnbereich in Augenschein genommen, wie auch das Hartz-IV-System mit seinen Demütigungen und Drangsalierungen. Die Angst vor einem möglichen Abstieg gehört inzwischen zur Gefühlswelt auch von Arbeitnehmern mit guter Arbeit. Die Erwartungen an Politik und das Vertrauen in Politik zur Sicherung des Sozialstandards, zum Ausbau von Chancengleichheit, von Solidarität und einem fairen, würdevollen Leben sinkt.

Was ist notwendig? Politik muss in der Finanzpolitik das Heft des Handelns in die Hand nehmen. Verursacher müssen zur Verantwortung gezogen werden. Der Finanzmarkt ist durchgreifend neu zu regulieren. In der Steuerpolitik müssen neue zusätzliche Beiträge zur Bewältigung der Probleme je nach Leistungsfähigkeit eingefordert werden.

Zweitens. Der Arbeitsmarkt braucht eine neue Ordnung. Missstände sind zu beseitigen. Neue Leitplanken zum Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind einzuziehen, und zwar im Dreiklang von gesetzlichen, betrieblichen und tarifpolitischen Maßnahmen.

Drittens. Europa braucht eine Perspektive, aber nur mit einer sozialen Komponente. Kürzungspolitik auf dem Rücken der kleinen Leute zerstört die Gemeinschaft. Ein Konjunktur-, Investitions- und Aufbauprogramm ist notwendig. Maßnahmen in Bildung, Ausbildung und Arbeit für Jugendliche sind dabei vorrangig.

Viertens. Sichere Rente statt Altersarmut ist gefordert. Das DGB-Rentenkonzept zeigt, dass sichere Renten finanzierbar sind. Übergänge vom Erwerbsleben in Renten sind flexibel zu gestalten, zum Beispiel mit Altersteilzeit, Teilrenten und Zeitwertkonten. Altersarmut muss mit einer leistungsfähigen gesetzlichen Rentenversicherung verhindert werden.

Fünftens. Nachhaltigkeit statt einer Weiterso-Politik. Was wir brauchen, ist neues Denken und Handeln, Abschied vom bedingungslosen Vertrauen in die Segenskraft zügelloser Marktkräfte und gnadenlosen Wachstums. Wir brauchen eine Politik, die Nachhaltigkeit als Leitbild hat, wobei ein Ausgleich zwischen Ökonomie, Sozialem und Ökologie zu finden ist, in Transparenz und

Dialogbereitschaft. Wir brauchen einen neuen gesellschaftlichen Konsens zur Transformation in die Zukunft.

(Beifall)

#### **Prof. Dr. Günther Nonnenmacher:**

Das war nun in aller Kürze das Gegenprogramm zu Herrn Weede, wenn man das so ausdrücken will, und genau das hatten wir von Ihnen erwartet. Also hier der freiheitssichernde, der uns freisetzen Markt, und Sie haben von zügellosen Marktkräften gesprochen. Wobei Herr Weede, wenn ich ihn richtig verstanden habe, dem Markt auch Zügel anlegen will, zum Beispiel wenn es um Großbanken oder Ähnliches geht. Da scheint dann doch die ansonsten beschimpfte Politik eine gewisse Rolle zu spielen.

Herr Rüttgers, standen Ihnen vorhin die Nackenhaare zu Berge, als Herr Weede gesprochen hat? Es war ja nicht gerade ein Lob der Politik. Bitte, Ihre Anmerkungen zum Thema und zu dem, was Sie gehört haben.

### **Statement III**

#### **Dr. Jürgen Rüttgers, Ministerpräsident a.D. des Landes Nordrhein-Westfalen**

Wenn es Sie interessiert: Nein, die Nackenhaare haben nicht hochgestanden. Das hat etwas damit zu tun, dass wir – ich bitte um Nachsicht, aber ich finde, es ist notwendig, das nach den beiden Positionen zu sagen – das gehört haben, was wir früher immer schon gehört haben, Positionen, die wir seit vielen Jahren und Jahrzehnten kennen, die jetzt in der Endphase, hoffe ich, der Krise noch einmal vorgetragen worden sind, aber auch anderswo vorgetragen werden. Ich finde es schade, weil wir ja eigentlich aus der Krise etwas lernen sollten.

Ich will einmal anfangen mit Herrn Professor Weede. Ich habe ein bisschen Schwierigkeiten, weil wir jetzt am selben Institut in Bonn sind. Ich habe da jetzt einen Lehrauftrag. Sie können sehen, Pluralismus ist in der Wissenschaft nach wie vor vorhanden – Gott sei Dank. Herr Weede hat gesagt, die Politik regiert – leider.

Verehrter Herr Weede, das stimmt nicht – das werde ich gleich an einem Beispiel deutlich machen –, und zwar allein schon deshalb nicht, weil leider in den letzten 20 Jahren eine Haltung den Zeitgeist bestimmt hat, zu der Sie sich eben noch einmal bekannt haben. Sie haben gesagt: „Ich bin radikal liberal.“ Also Sie sind ein Marktradikaler. Genau der Marktradikalismus hat uns in diese Krise hineingeführt.

(Beifall)

Insofern haben Sie leider Ursache und Wirkung verwechselt.

Natürlich ist das Thema – darauf hat Herr Nonnenmacher eben mit Recht hingewiesen –, wie viel Markt soll sein und wie viel Staat soll sein oder wie viel Markt darf sein und wie viel Staat darf sein, kein neues Thema. Das ist wahr. Aber so ist das nun einmal im menschlichen Leben, dass bestimmte Grundfragen sich immer wieder neu stellen. Auch das hat uns Herr Nonnenmacher eben mit Recht schon einmal zu Beginn gesagt. Wenn die Verhältnisse sich ändern, wenn die Wirklichkeit anders wird, dann muss man diese Wirklichkeit – jetzt freut sich Christa Thoben – wahrnehmen und muss die Konsequenzen daraus ziehen. Das haben wir jetzt gemerkt, übrigens mit dramatischen Konsequenzen – ohne jede Frage.

Was hat die Politik denn gemacht? Über 20 Jahre hat es mit großen Fanfaren die These gegeben: Der Staat ist nicht die Lösung, der Staat ist das Problem. Am besten schaffen wir den Staat mit seinen ganzen Regeln ab, übrigens im Moment gerade noch aktuell in Amerika bei den Wahlen zu erleben und auch noch jetzt bei der Debatte über den Fiscal Cliff, sprich über die Haushalts-situation in den Vereinigten Staaten.

Beim Marktradikalismus war die Grundthese, dass der Markt alles besser kann als die Politik. Ich gehöre zu den Leuten, die übrigens in diesen 20 Jahren diese Bücher alle gelesen haben. Ich bin wahrscheinlich einer der wenigen, der sich das angetan hat. Das war aber wegen des Feindbildes immer eine ganz gute Geschichte. Ich finde im Moment spannend, dass eine ganze Reihe von den großen Fanfarenträgern nicht mehr weiß, was sie noch vor zehn Jahren behauptet und geschrieben haben. Sie sind jetzt wieder auf

einem ganz anderen Stern, weil wir gemerkt haben, dass es eben ohne Regeln nicht geht, dass es notwendig ist, dass es Regeln gibt, und dass die Balance zwischen Freiheit auf der einen Seite und Verantwortung, wenn Sie wollen, oder, wie Wolfgang Schulhoff gesagt hat, Haftung, auf der anderen Seite immer wieder neu diskutiert und erkämpft werden muss.

Die These von Herrn Weede, die Politik regiert, leider, ist auch nicht wahr. So funktioniert Politik nicht. Hier sitzen ein paar Menschen im Saal, die um die Weihnachtszeit 2008, wenige Tage nach Lehman Brothers, hier in Düsseldorf zusammengesessen – übrigens auch zwischen den Jahren – und darüber nachgedacht und überlegt haben, nachdem mit Händen spürbar war, dass wir eine Weltfinanzkrise bekommen, die schlimmste Finanzkrise seit den 1920er-Jahren, was Politik eigentlich tun muss.

Übrigens, kleine Fußnote: Wir haben uns nicht damit aufgehalten, uns zuerst einmal schmunzelnd bis lachend mit der Frage zu beschäftigen, dass diejenigen, die uns noch wenige Monate vorher in Fernsehsendungen erklärt haben, sie hätten nichts mit Deutschland zu tun, sie seien global tätig, das hätte überhaupt nichts mehr zu bedeuten, das wäre alles von vorgestern, ganz schnell wieder da waren, als es plötzlich hart wurde, und bei denen, womit sie nichts mehr zu tun hatten, darum gebeten haben, ob man sie vielleicht schützen könnte.

Damals haben Menschen zusammengesessen – dazu gehörte zum Beispiel Wolfgang Schulhoff als Präsident der Handwerker in Nordrhein-Westfalen, dazu gehörte Horst-Werner Maier-Hunke von den Unternehmerverbänden, dazu gehörte der damalige DGB-Chef. Und hier in Düsseldorf ist damals die Idee entwickelt worden, es müsse versucht werden, auf der einen Seite die wirtschaftliche, auch die industrielle Struktur Deutschlands und damals konkret natürlich auch Nordrhein-Westfalens zu schützen und zu erhalten, damit wir nicht in eine Situation kommen, wie wir sie in Japan heute noch erleben können, und zweitens dafür zu sorgen, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht massenhaft entlassen werden, weil wir den Optimismus hatten, dass wir die danach, wenn die Krise vorbei ist, wieder brauchen würden.

Da sind hier die beiden Ideen entwickelt worden Verlängerung des Kurzarbeitergeldes und Deutschlandfonds, den wir dann ab dem dritten Weihnachtstag bis zum 10. Juni mit einigen Fachleuten entwickelt haben, um auch in der Lage zu sein, mittelständische Unternehmen, nicht nur die Großbanken, nicht nur das Systemrelevante, in dieser Krise schützen zu können. Ich glaube, das hat sich als hervorragend herausgestellt, als die beiden Operativen neben all den Maßnahmen, die auch in Berlin gemacht worden sind, die klare Aussage der Bundeskanzlerin, dass die Sparguthaben garantiert sind, dass man sich diese Sorge nicht machen müsse, dass man versuchen müsse, in Europa ein neues Regelwerk für die Finanzmärkte zu bekommen, und so weiter. Sie brauchen immer nur die Weihnachtsbriefe von Wolfgang Schulhoff zu lesen. Dann wissen Sie, was damals jeweils immer anstand und was angepackt werden musste.

Ich sage das deshalb, weil sich daraus eine Frage für die These stellt, die Politik regiert. Ist der Wolfgang Schulhoff, der zwar früher einmal Politik gemacht hat, in seiner Eigenschaft als Handwerkerchef Politik? Ist der Chef der Arbeitgeberverbände in dem Sinne Politik? Ist der Gewerkschaftsvorsitzende von Nordrhein-Westfalen in dem Sinne Politik?

Natürlich ist das politisch. Selbstverständlich ist das politisch. Das ist auch gut, dass das politisch ist. Herr Weede hat das nach dem Motto gemacht, als ob es eine amorphe Masse von Politikern gibt, die nicht weiß, was sie tut und die deshalb ihre Fehler macht und deshalb in der einen Sache dieses falsch macht und in der anderen jenes. Wer ist das denn, die Märkte? Sind das die Rating-Agenturen, oder wer ist das? Sind das die Leute, die in Frankfurt an der Börse herumzocken? Herr Böhnke, ich erinnere mich, wir haben damals in der Zeit auch zusammengesessen. Dreimal in der Woche haben wir abends zusammengesessen mit Unternehmern, mit Bankern und ähnlichen, um in der Krisenzeit zu besprechen, was denn jetzt richtig ist, was wichtig ist und was gemacht werden muss. Ist Herr Böhnke Politik, oder ist er nicht Politik? Ich glaube, dass wir die Debatten so nicht weiter führen sollten.

Diese Krise hat dramatische Auswirkungen, nicht nur auf die Finanzen, sondern, was mir viel wichtiger ist, auf die zugrundeliegenden Werte.

Vor der Krise konnte man mit gutem Wissen und Gewissen vortragen, dass es eine Einheit von Demokratie und Marktwirtschaft gibt. Seitdem die Marktradikalen sich damals durchgesetzt haben – übrigens alle Gesetze, die die Finanzmärkte dereguliert haben; es war immer Deregulierung, Privatisierung und Flexibilisierung, was in Washington im Konsens vorgegeben war, hinter dem alle hinterhergelaufen sind –, was ist denn in der Zeit aufgehoben worden? Es hat ja vorher Regeln gegeben. Das war in den Jahren 2000 bis 2004. Wenn Sie vor dem Abendgebet darüber nachdenken, wer damals regiert hat, dann wissen Sie, wie irre die Situation eigentlich in diesen Jahren war; es war ja alles Ball Paradox, was da passiert ist; es war nicht die große Koalition, es war auch nicht Schwarz-Gelb, sondern es war die andere Farbkombination, unter der das gemacht worden ist. Übrigens, damit das auch klar ist: Ich komme aus einer Partei, die damals immer gerufen hat, das ist viel zu wenig, was da an Deregulierung passiert. Da braucht sich keiner zu verstecken.

Wir müssen jetzt wieder dafür sorgen, dass es wieder ein klares Regelwerk gibt. Wenn Herr Nonnenmacher eben gesagt hat, wir hätten auch keine endgültigen Antworten. Doch, ich habe eine Antwort.

(Moderator Dr. Günther Nonnenmacher: Nur zurzeit!)

„Endgültig“, wenn etwas im menschlichen Leben endgültig sein kann. Die Antwort, die wir jetzt umsetzen müssen, heißt, die Rückkehr zur Sozialen Marktwirtschaft.

(Beifall)

Das ist das Eigentliche, worum es jetzt geht. Diese Verbindung zwischen Demokratie und Marktwirtschaft muss wieder neu hergestellt werden. Die geht nur auf der Basis dessen, was man als Wertesystem des christlich-jüdischen Abendlandes und der Aufklärung bezeichnet. Das ist ein europäisches Wertesystem, von dem wir hier reden. Dieses Wertesystem setzt voraus, dass man Demokratie auf der einen Seite hat und eine Marktwirtschaft auf der anderen Seite oder, um es so zu sagen – da treffe ich mich dann, deshalb tut mir das so weh, mit dem Marktradikalismus –, in Wahrheit treten wir ein für eine liberale Marktwirtschaft, die verbunden ist mit einer so-

zialen Gesellschaftsordnung. Dies sind die beiden Elemente des europäischen Modells, was es jetzt wieder durchzusetzen gilt, was wir mit unseren französischen Freunden – in wenigen Tagen feiern wir 50 Jahre den Elysée-Vertrag, der im Elysée-Palast unterschrieben worden ist, von Adenauer und de Gaulle – diskutieren müssen. Die haben nämlich eine ganz andere Tradition. Das brauche ich jetzt nicht darzulegen. Das heißt, da ist noch unglaublich viel Arbeit.

Deshalb ist grundsätzlich darüber zu diskutieren, lieber Wolfgang Schulhoff, wie das aussehen soll, wie man das macht und welche nächsten Schritte gemacht werden müssen.

Das ist unglaublich wichtig – letzte Bemerkung –, weil das Hauptdrama, das ich sehe, darin besteht, dass wir zurzeit in diesem Land keine klaren wirtschaftspolitischen Zielsetzungen haben, dass wir die in Europa nicht haben. Das ist eine Konsequenz aus den Verirrungen und Verwirrungen der letzten 20 Jahre, die in diese Krise geführt haben. Wenn es uns heute gut geht, meine Damen und Herren, dann hat das damit zu tun – da kann das Handwerk wirklich sagen, daran sind wir maßgeblich beteiligt –, dass wir in den 1990er Jahren eine Standortdebatte geführt haben und nicht, wie heute behauptet wird, es läge an den Hartz-Reformen oder an der Agenda 2010. Davon ist so gut wie nichts übriggeblieben, außer dass es bei den Sozialproblemen um sechs Milliarden teurer geworden ist.

Wir haben in den 1990er Jahren eine Standortdebatte geführt. Damals hat sich vor allen Dingen der deutsche Mittelstand neu erfunden, und zwar in dem Sinne, dass er sich geöffnet hat für eine globale Wirtschaftsordnung, dass er sich geöffnet hat für andere Länder, dass er auf allen Märkten präsent ist, dass er sich modernisiert hat. Man findet kein mittelständisches Produktionsunternehmen, keinen mittelständischen Handwerker, keinen Handwerksbetrieb, wo es nicht Computer gibt, wo nicht alle Informationen rund um die Uhr abgerufen werden können. Das heißt, das ist die modernste Wirtschaft, die es auf der Welt gibt. Deshalb geht es uns gut, weil wir diesen Prozess gemeinsam in den 1990er Jahren gemacht haben. Jetzt wird es Zeit, dass wir auch den politischen Rahmen wieder so schaffen, dass diese hervorragende Wirtschaft in den nächsten Jahren das tun kann, was sie tun muss, nämlich

eine wirtschaftliche Führungsaufgabe in Europa zu übernehmen und den anderen zu helfen, die noch nicht so weit sind, dass sie auf dieselbe Stufe kommen, wie wir sie Gott sei Dank schon erreicht haben.

#### **Prof. Dr. Günther Nonnenmacher:**

Vielen Dank, Herr Rüttgers. Herr Gösmann, wir sind ja nicht Akteure, wir sind Beobachter. Wir hören uns das an, machen uns unseren Reim darauf. Im Zweifelsfall schreiben wir einen Kommentar dazu. Was würden Sie zu der Diskussion sagen, die wir hier führen?

## **Statement IV**

**Sven Gösmann,  
Chefredakteur der Rheinischen Post  
Verlagsgesellschaft mbH, Düsseldorf**

Sie beschreibt das ganze Dilemma der Beobachter dieser Diskussion. Ich habe Gott sei Dank einen recht stattlichen Nacken, wie Sie sehen können. Meine Nackenhaare haben sich langsam wieder gelegt, weil das Holzschnittartige in der Diskussion etwas ist, das Erwartungen bei vielen Menschen geweckt hat, dass es die eine oder die andere richtige Lösung gibt. Foren wie dieses, die Diskussion mit Praktikern wie den Handwerkern, die vielleicht auch andere Risiken eingehen – erlauben Sie mir einmal, wenn ich kurz persönlich werde – als ein C4-Professor mit recht gutem Kündigungsschutz

(Zuruf: Den besten!)

– den besten, höre ich gerade; das wusste ich nicht –, kennen die Herausforderung, dass die Welt nicht weiß oder schwarz ist, sondern grau.

Herr Dr. Rüttgers hat eben eigentlich ganz gut formuliert, wo ein Mittelweg langgehen könnte. Ich glaube auch, dass es diese Ignoranz der Wählerinnen und Wähler nicht gibt, sondern dass es eine sehr bewusste Legitimation von Politik gibt oder auch den Entzug dieser Legitimation. Die aufmerksame und wache Beobachtung vieler Bürgerinnen und Bürger politischer Debatten gibt es ja noch. Sonst würden sie Zeitungen nicht kaufen, sonst würden sie Fernsehsendungen

nicht einschalten, sonst würden sie auch nicht wählen gehen und sich auseinandersetzen mit der Frage, ob die Rente mit 67, 65 oder 63, wie wohl die französische Variante war, oder 61 – ich weiß es nicht –, im Überbietungswettbewerb sozialer Wohltaten richtig ist. Es gibt also Menschen, die über diesen richtigen Weg streiten.

Natürlich gibt es Politikversagen – gar keine Frage. Auch das thematisieren wir ständig. Es gibt aber auch Marktversagen und das übrigens interessanterweise auch im Mittelstand, aber sehr häufig auch – ich nenne nur einmal das Beispiel ThyssenKrupp, wo wir es morgen wieder erleben werden – in sehr großen Einheiten, deren Vorstandsvorsitzende und Aufsichtsratsvorsitzende vor einiger Zeit noch sehr genau wussten, wo dieses Land hinlaufen soll. Ich glaube, die sollten sich häufig erst einmal an ihren eigenen Taten und vor allen Dingen an deren Folgen messen lassen.

(Beifall)

Insofern bedauere ich es als journalistischer Beobachter überhaupt nicht, dass die Politik das Sagen hat. Ich finde, bei aller Undurchschaubarkeit von Vermittlungsausschüssen, von Grenzüberschreitungen der Politik – da bin ich ganz nah bei Herrn Weede; die Politik versucht manchmal auch in einem Allmachtsbegehren sehr viel zu regulieren, wofür sie sich gar nicht interessieren sollte –, gibt es aber nichtsdestotrotz auch einen großen Politikerfolg in der Regelung. Denn wenn wir uns einmal die Bilanz der Bundesrepublik Deutschland in der Krise ansehen, so ist sie nicht die schlechteste. Einige der Gründe sind eben genannt worden. Ich glaube, die Zufriedenheit der Menschen zeigen unter anderem die relativ große Zustimmung zu unserem Staatswesen und die relativ hohe Wahlbeteiligung. Die Wahl demokratischer Parteien drückt diese Zufriedenheit auch aus – bei aller Unzufriedenheit im Detail.

Ich glaube, deshalb muss man sich immer davor hüten – da sind Medien auch immer dabei –, alles in Bausch und Bogen zu verdammen. Ich frage mich dann auch immer, wie sieht der Gegenentwurf aus. Wenn eben nicht mehr die Politik regiert, wer regiert dann? Wodurch wird der eigentlich legitimiert? Ich habe viel größere Sorgen davor, als dass Frau Wagenknecht einer Koalitionsregierung angehört. Da weiß ich wenigstens,

die ist irgendwie gewählt worden. Und ich hoffe immer, dass es in Form von Checks and Balances auch einen Ausgleich gibt.

Eine letzte Anmerkung, mit der ich es dann auch bewenden lassen will, weil wir noch diskutieren wollen: Eine Sache, Herr Dr. Rüttgers, hat mich bei Ihnen irritiert. Sie haben ganz eindrucksvoll beschrieben, wie der Zeitgeist war. Ich erinnere mich – das durfte ich auch schon aus der Nähe journalistisch begleiten –, dass der Slogan „Privat vor Staat“ auch zu einer Art nordrhein-westfälischer Staatsphilosophie erhoben wurde. Der ist sehr unterschiedlich interpretiert worden, aber häufig auch in dem Sinne, dass Sie auch der Deregulierung das Wort reden. Vielleicht könnten Sie mir oder auch dem Saal, in dem man sich daran erinnert, noch einmal kurz erläutern, wie weit diese Deregulierung für Sie gehen sollte und inwieweit dieser Slogan vielleicht auch missverstanden worden ist – von mir zum Beispiel.

(Beifall)

#### **Prof. Dr. Günther Nonnenmacher:**

Danke, Herr Gösmann. Zur Verteidigung von Herrn Rüttgers muss man sagen, er hat ja keine Antwort gegeben auf die Probleme, er hat gesagt, in welche Richtung das gehen muss. Ich glaube – oder sehen Sie das anders, Herr Zipfel, wenn ich Sie einmal als Interessenvertreter der Handwerker ins Gespräch bringe –, wenn wir von Sozialer Marktwirtschaft sprechen, ist das zunächst einmal eine Gattungsbezeichnung. Muss bei der Sozialen Marktwirtschaft, durchaus auf die Prinzipien gegründet, die wir kennen, nicht auch einiges neu austariert werden? Herr Reuter hat zum Beispiel gesagt – das ist, glaube ich, unbestreitbar –, die Kluft zwischen arm und reich – um es vereinfacht zu sagen – wird größer. Ist das auf Dauer mit einer Sozialen Marktwirtschaft legitimatorisch vereinbar oder muss da irgendetwas Neues geschehen? Ist es mit Sozialer Marktwirtschaft vereinbar, dass wir aus bestimmten Gründen, die Herr Rüttgers, da er das WestLB-Debakel auch mitbekommen hat, genannt hat, Banken retten? Ich weiß schon, aus Prinzip sollte man das nicht tun, Herr Schullhoff. Aber was passiert eigentlich, wenn eine Bank wie die WestLB zusammenbricht? Dann bricht ja nicht nur eine Bank zusammen, dann sind Sparguthaben zum Beispiel weg oder nur bis zu einem gewissen Punkt gesichert.

Ich habe das Gefühl, wenn man sagt, es ist die Soziale Marktwirtschaft, dass das wie die berühmte Antwort der Sphinx ist. Die sagt, es ist der Mensch, es ist der Mensch, es ist der Mensch. Wenn wir immer nur sagen, „es ist die Soziale Marktwirtschaft“, haben wir noch nicht konkrete Maßnahmen, konkrete Schritte, konkrete Regeländerungen definiert, die in diesem Rahmen vorgenommen werden. Was denkt denn das Handwerk, was in dieser Sozialen Marktwirtschaft, die wir inzwischen nicht abgeschafft haben, korrekturbedürftig ist, was neu gedacht oder vielleicht sogar neu definiert werden müsste, Herr Zipfel?

## Statement V

**Dipl.-Volksw. Josef Zipfel,  
Hauptgeschäftsführer des Nordrhein-  
Westfälischen Handwerkstages**

Ich denke, die Soziale Marktwirtschaft – da haben Sie vollkommen Recht – ist ein Schlagwort, vielleicht sogar eine Phrase, die man seit Jahrzehnten hört. Jede Bundesregierung, die ich kenne, strebt die Soziale Marktwirtschaft an, bekennt sich zur Sozialen Marktwirtschaft, möchte die Soziale Marktwirtschaft ausbauen, möchte die Soziale Marktwirtschaft verteidigen. Nur was sich in dieser Hülle verbirgt, das sind unterschiedliche Dinge.

Herr Rüttgers hat vollkommen Recht, und Herr Reuter hat das auf seine Art und Weise auch gesagt, dass das, was als Soziale Marktwirtschaft um das Jahr 2000 plus/minus zehn Jahre betrieben worden ist, in Wirklichkeit etwas anders gewesen ist, nämlich das angelsächsische Modell, sehr stark geprägt von der internationalen Finanzindustrie. Wenn ich internationale Finanzindustrie sage, nehme ausdrücklich das aus, was wir als örtliche und regionale Struktur haben: Volksbanken, Sparkassen. Ich meine die global agierende internationale Finanzindustrie, nicht die zugehörigen internationalen Anwaltskanzleien.

Davon sind wir sehr stark geprägt worden. Die deutsche Politik habe ich so wahrgenommen, dass alles, was von diesem angelsächsisch definierten Durchschnitt abwich, einen Kopf kürzer

gemacht wurde. Wir haben als Handwerk damit unsere besonderen Erfahrungen in der Diskussion um die Handwerksordnung gemacht. Wir haben unsere Erfahrungen mit Diskussionen gemacht, in denen uns vorgehalten worden ist, dass es bei uns Regelungen gibt, wie zum Beispiel im beruflichen Bildungssystem, die es in angelsächsischen Ländern nicht gibt und die deshalb per se unter Verdacht stehen und abgeschafft werden müssen.

Wir hatten also – wenn überhaupt – ein sehr eingeschränktes Modell von Sozialer Marktwirtschaft. In Wirklichkeit hatten wir dieses angelsächsische Modell. Und die Politik hat über mehrere Jahre hinweg versucht, dieses angelsächsische Modell in Deutschland umzusetzen. Ich nenne die Steuerfreiheit der Veräußerung von Beteiligungen von Banken, die Bankenaufsicht und so weiter. Sie kennen die Themen alle.

Wenn ich einmal daran erinnere, aus welchem Geist heraus Walter Eucken und andere geschrieben haben, dann war das doch das Gefühl der Verletzlichkeit der gesellschaftlichen und politischen Institutionen, der Kultur. Eucken wollte sie schützen. Man darf nicht vergessen, das war eine Generation von Denkern, die zwei Weltkriege, Inflation und Staatsbankrott mitgemacht hat. Sie wollte in Wirklichkeit stabile politische, kulturelle und gesellschaftliche Verhältnisse herstellen. Darum haben diese Theoretiker sehr stark Wert darauf gelegt, über Rahmenbedingungen zu sprechen, über Grenzen, über Richtungen. So habe ich das jedenfalls immer erfahren.

Genau diese Vorstellung ist verloren gegangen. Wenn man bei Eucken nachliest, was er über Geldpolitik gesagt hat, dann hat das überhaupt nichts damit zu tun, was in dieser angelsächsisch geprägten Politik tatsächlich umgesetzt worden ist.

Als Mittelstand haben wir für diese Art Sozialer Marktwirtschaft große Sympathien. Man muss sich einmal vergegenwärtigen, dass kein Mensch eine Berufsausbildung beginnt mit dem Vorsatz, dann in seinem Leben etwas ganz anderes zu machen. Kein Mensch gründet ein Unternehmen mit dem Vorsatz, es wieder zu verkaufen. Das heißt, alles, was sich im Handwerk an grundlegenden Äußerungen vollzieht, hat, wenn man es sich genau überlegt, als Grundlage einen langen



Die Redner des Dreikönigsforums: Dipl.-Volksw. Joseph Zipfel, Professor Dr. Erich Weede, Dr. Jürgen Rüttgers, Sven Gösmann, Professor Schulhoff, Professor Dr. Nonnenmacher, Klaus Reuter (von links nach rechts)

Zeithorizont. Man möchte eine Familie aufbauen, man möchte ein Unternehmen aufbauen. Alles Vorhaben, die nicht von jetzt auf gleich gehen.

So wie ich das verstanden habe – ich bin ja nur Laie –, war die Geschäftsgrundlage in der Finanzindustrie hingegen, dass man versucht hat, möglichst jedes Geschäft vom Exit her zu denken. Das heißt, man wollte jedes Asset, das man gekauft hat, wie eine heiße Kartoffel möglichst schnell weiterreichen. Insofern hat man soziale Regeln und politische Institutionen immer eher als Hindernis wahrgenommen. Da wir im Mittelstand aber auf Regeln und Regelmäßigkeit und auf Dauer ausgerichtet sind, haben wir ein Interesse an starken politischen Institutionen. Ich würde deshalb niemals so weit gehen, das Wort „Politik“ immer geradezu zwanghaft mit dem Wort „Versagen“ zu verbinden, sondern grundsätzlich unser Interesse an starken politischen Institutionen betonen, um über Jahre und Jahrzehnte stabile Umstände zu schaffen, die uns erlauben zu wirtschaften.

Wie gesagt, eine Berufslehre dauert drei Jahre. Man möchte über drei Jahre und vielleicht auch über 30 Jahre eine bestimmte Planungssicherheit haben. Wer seine Altersvorsorge auf Lebensversicherungen aufbaut, der hat keinen Horizont von zwei Wochen. Das heißt, wir wollen verläss-

liche, stabile politische Institutionen. Ich denke, eine so gedachte Soziale Marktwirtschaft hätte sehr viel Sinn und Tragfähigkeit.

(Beifall)

## Aussprache

### **Prof. Dr. Günther Nonnenmacher:**

Danke, Herr Zipfel. Ich vermute übrigens, Herr Weede würde Ihnen bei Ihrer Kritik am Finanzsystem oder an der Finanzindustrie durchaus zustimmen. Er wird es nur als ein Staatsversagen bezeichnen, weil dieses Finanzsystem – Sie haben es vorhin schon angedeutet – nicht genug geregelt ist. Man darf Banken halt nicht so groß werden lassen, dass sie systemrelevant sind. Die andere Frage ist, wann sie systemrelevant werden. Das hat mir noch kein ökonomischer Theoretiker genau erklärt.

Ich darf aber auch einen Kommentar abgeben. Mir kam es ein bisschen so vor, als hätte ich jetzt zwei Utopien gehört. Eine kleinere Utopie, eine bescheidenere, aber auch eine Utopie. Das waren Sie, Herr Reuter. Man erhöhe die Steuern, damit der Sozialstaat noch besser abgepolstert werden kann. Man schaffe neue Sicherungssysteme, man

schaffe eine zusätzliche Rente, um Altersarmut zu vermeiden. Man erhöhe die Löhne, um guten Lohn für gute Arbeit – so heißt, glaube ich, das Stichwort – zu bekommen. Ich frage Sie nur: Wer bezahlt das?

(Beifall)

Es ist die Frage, ob Unternehmen, denen zu viel aufgebürdet wird, nicht einfach abwandern. Es gibt das berühmte ökonomische Verhalten mit Exit und Voice. Man protestiert, und wenn der Protest keinen Erfolg hat, dann haut man ab. Es ist die Frage, ob das überhaupt funktionieren würde. Die Franzosen haben ein Sprichwort, das heißt: „Trop d'impôts tue l'impôt.“ Wenn man zu viel Steuern erhebt, dann vernichtet man die Steuern. Übrigens: Eine ganz kleine Korrektur. Ich bin zwar dagegen, aber die 75 %-Steuer, die in Frankreich verordnet worden ist, greift erst jenseits eines Einkommens von einer Million. Das hörte sich so an, als ob das die Spitze des Tarifs sei. Also das ist die kleine Utopie, die ich irgendwie sympathisch finde. Wer wollte nicht, dass es allen Menschen auf dieser Welt gut geht, wobei ich aber nicht recht sehe, wie es, ohne Schaden an der Wirtschaft zu produzieren, gutgehen kann.

Die große Utopie ist die von Herrn Weede, dass in einer idealen Welt ein idealer Markt sozusagen alles hinkriegt und der Staat sich darauf beschränken kann, das Recht und vor allen Dingen Eigentumsrechte zu sichern. Das nehme ich zur Kenntnis. Ich kann nur sagen, Herr Weede: Die Welt, sie ist nun mal nicht so.

Die Schweiz mag ein wunderbares politisches System haben. Da kann man sich übrigens über das eine oder andere auch streiten. Aber im Augenblick bemerkt sie, dass sie ohne professionelle Politik peu à peu – wie heißt es so schön – eingemacht wird. Sie glauben doch nicht ernsthaft, dass die Schweizer das Steuergeheimnis freiwillig aufgeben. Sie glauben doch nicht ernsthaft, dass sie ihre Banken freiwillig kontrollieren. Sie glauben doch nicht ernsthaft, dass sie der EU freiwillig eine Abgabe von an die drei Milliarden Euro überweisen, um am gemeinsamen Binnenmarkt teilzunehmen. Die Schweiz, die sich als durchaus sympathische Insel der Freiheit in einem europäischen Kontinent, der halt nicht genauso tickt wie die Schweiz, behaupten muss, merkt – das wird in den kommenden Jahren si-

cher noch stärker werden –, wie der Druck auf sie wächst. Und sie ist hilflos, weil sie keine professionelle Politik hat. Das tut mir leid, dass ich das den Schweizer Bundesräten so nachsagen muss. Aber es ist nun einmal so.

Das ist meine Frage: Kleine Utopie, sympathische Utopie – große Utopie, sympathische Utopie, aber beide kommen mir eine bisschen weltfremd vor. Wie ist das, Herr Weede?

Ich bitte alle Teilnehmer – wir sind in der Zeit weit fortgeschritten –, relativ kurze Statements abzugeben. Dann will ich die Diskussion nämlich an das Publikum übergeben.

#### **Prof. Dr. Erich Weede:**

Ich möchte eigentlich erst einmal auf Herrn Rüttgers antworten. Ich empfand die These von Herrn Rüttgers, dass Marktradikalismus uns in die Krise geführt hat, als den Kernangriff gegen das, was ich gesagt habe. Ich halte diese These für total falsch.

Zunächst möchte ich hervorheben, dass Herr Rüttgers auf eine Aussage von mir gar nicht eingegangen ist, nämlich dass alle westlichen Demokratien hoch verschuldet sind mit dem Mehrfachen des Wertes ihres Bruttoinlandsprodukts. Wer ist für diese Schuldenkrise verantwortlich? Sind es die Handwerker, sind es die Professoren, sind es die Großbanken, oder sind es die Politiker in allen westlichen Demokratien?

Bei der Krise würde ich zwei Krisen unterscheiden. Einmal die europäische Krise und zum anderen die vorhergehende amerikanische Krise von 2008, Stichwort: Lehman Brothers.

Die europäische Krise ist ganz einfach. Die europäische Krise hat zwei Elemente. Zum einen ist es eine Staatsschuldenkrise. Wer hat die Schulden gemacht? Der Markt, die Marktteilnehmer? Das kann doch niemand ernsthaft behaupten.

#### **Prof. Dr. Günther Nonnenmacher:**

Das ist in Spanien durchaus der Fall. Spanien hat eine relativ geringe Staatsschuld. Die private Überschuldung in Spanien ist das Problem.



**Prof. Dr. Erich Weede:**

Ja, das ist in Spanien richtig. Irland ist noch ein viel deutlicherer ähnlicher Sonderfall. Aber wir haben praktisch überall eine Staatsschuldenkrise. Diese Krise ist in allererster Linie eine Staatsschuldenkrise. Für diese Staatsschuldenkrise trägt allein die Politik die Verantwortung. Spanien ist in vieler Beziehung der allerschwierigste Fall. Aber wenn ich einmal nur die mediterranen Länder im Ganzen nehme, stelle ich fest, dass die noch ein zweites Problem haben. Die haben nämlich nicht wettbewerbsfähige Volkswirtschaften aus dem einfachen Grund, weil sie dieselbe Währung haben wie wir. Woran liegt das? Das liegt daran, dass wir den Euro haben, und der Euro hat den mediterranen Ländern die Abwertungsmöglichkeit genommen. Wer hat den Euro eingeführt? War das der Markt, waren das die Banken, oder waren das die Politiker?

**Prof. Dr. Günther Nonnenmacher:**

Nachdem sich die Wirtschaft jahrelang über kompetitive Abwertungen in anderen Ländern beschwert hat.

**Prof. Dr. Erich Weede:**

Ja, ich weiß, die Exportwirtschaft hat den Euro aus Partikularinteressen begrüßt. Wenn Sie sich aber ansehen, was die Wissenschaft dazu vertreten hat, sehen Sie, die Mehrheit der deutschen Ökonomen war dagegen und hat das auch mehrfach kundgetan. Ich denke, dass an der europäischen Krise überwiegend die Politik schuld ist. Im Falle Irland ist es viel schwieriger. Dazu könnte ich etwas sagen. Ich will aber aus Zeitgründen darauf verzichten.

Sie haben angedeutet, auch in Spanien spielt die Privatwirtschaft eine große Rolle. Da haben wir ähnliche Sachverhalte wie im schwierigeren Fall Amerika. Da ist im Grunde genommen die These von Herrn Rüttgers zutreffend, dass das, was passiert ist, Deregulierung ist. Ich sage dazu, was passiert ist, das ist im Wesentlichen Fehlregulierung. Ich könnte im Detail darauf eingehen, was der Unterschied ist. Ich denke, das soll ich nicht.

**Prof. Dr. Günther Nonnenmacher:**

Ich habe jetzt doch eine kurze Frage an Sie als quasi Co-Hayekianer. Was Sie im Augenblick machen, ist das nicht auch eine Anmaßung von Wissen? Der Witz ist doch, im realen Leben weiß man nicht genau, was man und wie man es re-

gulieren soll, ehe nicht die Fehler aufgetreten sind. Alan Greenspan, der, glaube ich, viele Fehler gemacht hat, hat einmal einen schönen Satz geprägt: Eine Blase erkennt man daran, dass sie platzt. Eine Fehlregulierung erkennt man daran, dass etwas schiefgeht. Woher soll denn eigentlich einer wissen, wie man das internationale Finanzsystem richtig reguliert, wenn die Ökonomen – in diesem Fall übrigens durchaus uneinig – in ihrer großen Mehrheit für Deregulierung, für Flexibilisierung etc. pp. plädiert haben?

**Prof. Dr. Erich Weede:**

Es ist richtig, es haben viele Ökonomen – vor allem angelsächsische Ökonomen – an die These von der Effizienz der Finanzmärkte geglaubt. Dieses war ein Fehler. Aber die eigentlich liberalen Ökonomen – das sind großenteils diejenigen der Österreichischen Schule – haben diesen Fehler nie mitgemacht. Die zweite liberale Schule der Ökonomie sind die Monetaristen, früher Milton Friedman. Der beste zeitgenössische Vertreter ist wohl John Taylor. Der hat die sogenannte Taylor-Regel für Finanzmärkte erfunden. Taylor hat immer empfohlen, dass die Zentralbank im Boom als wichtigste Maßnahme die Zinsen hochsetzen muss. Er hat sogar eine mathematische Formel angeboten, die 30 Jahre lang im Wesentlichen von der Fed beachtet worden ist. Als man von dieser Formel abging, da nahm das Desaster seinen Lauf. Da gab es ganz konkrete Empfehlungen. Diese ganz konkreten Empfehlungen wurden mit Füßen getreten. Greenspan hat das Gegenteil getan. Was dabei herauskam, war ein Unglück.

**Prof. Dr. Günther Nonnenmacher:**

Wir wollen jetzt nicht über Einzelheiten der Finanzmarktregulierung sprechen – können wir auch gar nicht –, wer schuld daran ist oder wer nicht schuld daran ist. Aber wie sollen arme Politiker wissen, dass die eigentlich allwissenden Ökonomen auf dem Mont Pèlerin sitzen und Hayek-Exegese betreiben? Denen man üblicherweise begegnet, das sind sozusagen die Versager, Ihrer Meinung nach. Aber dem Versager ist auch kein Kainsmal auf die Stirn gebrannt. Immerhin sind das sehr viele Ordinarien, die recht gut bezahlt werden.

Ich möchte Herrn Reuter auch fragen, ob er sich meine Kritik ans Revers heftet, dass seine Forde-

rungen sympathisch sind, aber leider nicht auf der Welt, so wie sie ist, realisiert werden können.

**Klaus Reuter:**

Wenn die von jemandem von der „FAZ“ kommt, der zum Gewerkschafter sagt, dass etwas sympathisch ist, bin ich direkt schon froh gestimmt.

(Heiterkeit)

**Prof. Dr. Günther Nonnenmacher:**

Ich komme aus der politischen Abteilung der „FAZ“, Herr Reuter.

**Klaus Reuter:**

Sie haben das richtig erkannt und nett gesagt „klein und bescheiden“. Oft wird verkannt, dass wir in den Gewerkschaften nicht über Revolution, Veränderungen und so reden, sondern wir reden über das kleine Glück. Das wollen wir – aber immerhin. Darauf werden wir auch zunehmend mehr bestehen!

Wir haben in der Nachkriegszeit dieses Land mit aufgebaut. Wir haben viel nachgegeben, und wir haben viele Konzessionen gemacht. Wir sind an einem Punkt angelangt, wo wir feststellen müssen, das wird uns in vielen Bereichen nicht gedankt! Es gibt auch andere Ansichten. Die Bundeskanzlerin zum Beispiel. Ich nehme die davon aus. Die hat einen fairen Umgang mit uns. Was Herr Rüttgers gesagt hat, das finde ich auch interessant. Wenn Sie, Herr Rüttgers, das ein paar Jahre früher gesagt hätten, dann wären wir sicher besser miteinander ausgekommen.

(Heiterkeit)

Das macht mir auch Hoffnung. Ich will kein Laissez-faire-Wirtschaftsmodell, also keine Zügellosigkeit. Ich will aber auch keinen Staatsinterventionismus, der alles regelt, zum Beispiel alles einem Handwerker vorschreibt. Die Handwerker haben im kapitalistischen System genügend Probleme, an Aufträge von großen Konzernen heranzukommen. Da werden Handwerker als Selbstständige zu Sub-sub-sub-Auftragnehmern degradiert und warten auf Geld usw. und werden unverschuldet in Krisen gebracht. Das bekomme ich alles über unsere Gesellen mit, die sich durchaus mit Ihnen in vielen Angelegenheiten sehr identifizieren.

Wir wollen also keine Staatsregulierung. Wir wollen Leitplanken. Wir wollen eine Politik, die nicht getrieben ist, sondern die handelt. Das ist die Erkenntnis aus den Krisen – Finanzkrise und Eurokrise –, dass das alles eine Getriebenheit ist, die langsam nicht mehr akzeptabel ist, zumal wenn auch die Parlamente dauernd vor vollendete Tatsache gesetzt werden.

Herr Rüttgers, wenn wir uns einigen könnten, kein reines Retro: Adenauer, Ahlen, Harnack und so etwas. Wir haben neue Zeiten. Wir müssen mit der Klimakatastrophe fertig werden. Die Klimakatastrophe und überhaupt ökologische Themen einzubeziehen, das bedingt, dass wir nicht mehr rein nach Wachstumszahlen oder dem BIP vorgehen. Wir müssen das BIP um neue Kennzahlen erweitern. Da gehört auch hinein die innere Konfliktlage eines Landes zwischen Reichtum und Armut. Das kann so nicht vernünftig werden, denn auch die soziale Stabilität ist ein Wirtschaftsfaktor.

Oft kommt man bei Forderungen nach höheren Löhnen zu Aussagen wie „die Unternehmen verlagern, die wandern ab“. Das höre ich seit zwanzig Jahren. Anfang der 1990er Jahre ist das mit der ganzen Deregulierung und mit der Infragestellung des Staates aufgekommen. Ich sage Ihnen eines: Ich betreue auch Konzernbetriebsräte. Das entscheidende Thema ist heute Rohstoffe und Energie.

Was die Bewertung von Löhnen angeht: So gibt es noch ein paar, die in den entsprechenden neoliberalen Seminaren ausgebildet worden sind. Und es gibt auch diesen oder jenen Konzernmanager, der seinen Bonus damit steigert, dass er mal wieder auf einen Schlag Beschäftigte freisetzt.

Es geht aber nicht vorrangig um die Lohnfrage, sondern heute geht es um große Problemlösungen. Ich meine, es ist durchaus möglich, zu einem Konsens zu kommen. Insofern sehe ich das nicht so negativ, dass wir da sehr weit auseinander wären. Wir sind auch bereit dazu als DGB-Gewerkschaften.

**Prof. Dr. Günther Nonnenmacher:**

Es freut mich, dass Sie mich zunächst einmal nicht als einen Gewerkschaftsfresser bezeichnet haben, was ich nun wirklich nicht bin. Aber Sie

müssen doch anerkennen, Herr Reuter, bei aller Liebe, dass viele Arbeitsplätze aus Deutschland herausgenommen worden sind, durchaus auch – nicht nur – aus Kostengründen, und dass die Verteilungsmasse bei wachsender Konkurrenz auf den Weltmärkten und relativ hoher Produktivität, die wir schon haben – das kann ja nicht bis ins Endlose gesteigert werden –, nicht unbedingt größer wird.

**Klaus Reuter:**

Aber in dieser Holzschnittartigkeit ist das eine Diskussion der 1990er Jahre. Ich kann Ihnen auch viele Mittelständler und selbst einige Großunternehmen nennen, die wieder zurückkommen, weil sie hier die Stabilität trotz der hohen Löhne usw. haben. Es gibt beide Erfahrungen. Im Großen und Ganzen: Wir wollen auch nicht mehr den Heizer auf der E-Lok haben, sondern wir sagen, wenn in Asien billiger produziert wird, dann geht bitte dorthin. Das ist nicht unser Problem. Wir wollen uns vielmehr damit beschäftigen, dass wir den Vorsprung, den wir noch in Spitzentechnologie und Innovationsfähigkeit usw. haben, besser nutzen.

Ich könnte jede Woche eine chinesische Delegation betreuen. Die sagen mir alle: „Wir wollen keine Massengüter. Die schicken wir nach Westchina. Die nehmen wir aus der Küstenregion heraus. Wir wollen nur noch Hightech machen.“

Das machen die dann aber in einer diktatorischen Gesellschaftsordnung. Die sagen: In dem Bereich wird Elektromobilität gemacht, in dem Bereich dieses und jenes, alles Themen, mit denen wir uns auch beschäftigen. Auch Umweltschutz gehört in China dazu, gleichzeitig zu den großen Schäden, die da angerichtet werden.

Wir haben hier eine demokratische Form. Da knüpfe ich an dem an, was Herr Dr. Rüttgers zur abendländischen Tradition sagte. Wir haben eine Vergangenheit, auf der wir einen gesellschaftlichen Konsens herstellen können. Wir haben gute wissenschaftliche Voraussetzungen, um Innovationskraft auch in den nächsten Jahren noch zu erzeugen. Wir müssen alle daran arbeiten. Wir müssen die Kräfte dafür bündeln.

Das ist nicht eine reine Parteienfrage. Zu dem, was hier noch groß gelobt wird – ich weiß ja, wo ich bin –, mit Agenda 2010, dass das super

ist, sage ich Ihnen nur: Wir sind da tief getroffen worden. Und die SPD bezahlt das seit der Zeit. Sie eiert bei 25 % herum. Das wird noch lange dauern, bis sich das ändert. Der Vorteil ist, dass wir über diese Zwangsenttäuschung Agenda 2010 zurückgeführt wurden auf unsere parteipolitische Neutralität. Uns kommt es auf Inhalte an und nicht darauf, welche Partei gerade dran ist. Ich nutze diese Gelegenheit einmal zu dieser Aussage.

(Beifall)

**Prof. Dr. Günther Nonnenmacher:**

Was Herr Sommer im Übrigen gerade demonstriert hat, Herr Rüttgers, dass soziale Stabilität ein Wert ist, daran ist ja etwas, gar keine Frage. Das wird jeder Handwerker bestätigen. Sie haben ja auch von Verlässlichkeit und Stabilität gesprochen. Es ist im Übrigen sicher auch so, dass die Gewerkschaften mit Lohnzurückhaltung über ein Jahrzehnt dazu beigetragen haben, dass die deutsche Industrie wieder wettbewerbsfähig ist. Mit solch vernünftigen Partnern, wie Herr Zipfel und Herr Reuter sie repräsentieren, hat doch die Politik überhaupt keinen Ärger, Herr Rüttgers. Sie kriegen die doch jederzeit an den Tisch, die können sich jederzeit verständigen. Wenn ich das Gezerre in Frankreich im Vergleich sehe, weil Sie Frankreich eben angesprochen haben, leben wir doch im Paradies – oder nicht?

**Dr. Jürgen Rüttgers:**

Ja, das ist so. Deshalb habe ich auch nie Probleme gehabt, zum Beispiel auf Einladung von Herrn Reuter zu dessen 1. Mai-Kundgebung zu gehen und dort zu reden. Dann hat der DGB-Vorsitzende Schneider, der jetzt Arbeitsminister ist, mich im Anschluss daran gelobt und gesagt, ich hätte die einzige vernünftige Rede gehalten. Da habe ich über Soziale Marktwirtschaft geredet, da habe ich darüber gesprochen, dass dieser Ausgleich zwischen wirtschaftlicher Vernunft und sozialer Gerechtigkeit notwendig ist, wenn man auf der einen Seite effizient wirtschaften will und auf der anderen Seite dafür sorgen will, dass eine Gesellschaft nicht auseinanderfliegt. Das ist die Grundphilosophie der Sozialen Marktwirtschaft. Das ist die Grundphilosophie, mit der wir nach dem Zweiten Weltkrieg groß geworden sind.

Jetzt haben wir neue Bedingungen. Wir müssen uns jetzt mit der Frage beschäftigen, worin diese

neuen Bedingungen bestehen. Ich habe mir auch aufgeschrieben, was Herr Reuter gerade zu China gesagt hat. Die Mittelständler, die in China sitzen, sind einmal dorthin gegangen – das war die berühmte Basarökonomie von Herrn Sinn; das hat er damals beim Handwerk hier in Düsseldorf alles vorgetragen –, um da billig zu produzieren und das dann zurückzuholen. Die schicken die Sachen jetzt gar nicht mehr zurück, sondern sie produzieren in China für den chinesischen Markt. Die Chinesen kommen inzwischen hierhin und wollen bei uns, weil es hier stabil ist, für den europäischen Markt produzieren. Das ist einer der wenigen Punkte, wo ich mich mit Herrn Weede treffen kann. Davon können alle profitieren, wenn die hier für Europa produzieren. Denn offene Märkte sind für ein Land wichtig, das so exportabhängig ist wie Deutschland, nicht nur im Hinblick auf die Großindustrie, sondern auch auf die mittelständische Industrie, selbst auf das Handwerk, das ja unmittelbar damit verbunden ist.

Unser Problem ist doch folgendes: Alle Fragen müssen in Deutschland immer vom Grundsatz her diskutiert werden. Bei jeder Diskussion werden von Anfang an alle Sachen, die eigentlich schon längst erledigt sind und alle schon irgendwo auf dem Kehrlichthausen liegen, noch einmal neu hervorgekramt, damit man sich im Anschluss pragmatisch verständigen kann.

Die Amis sind da anders. Sie sind optimistisch, selbst wenn sie irgendwo eine Niederlage eingefangen haben. Bei uns ist das ganz anders. Wir sind pessimistisch sogar dann, wenn wir richtig gut gearbeitet haben und es uns gut geht. Das müssen wir jetzt ändern. Im Moment ist nämlich unser Problem, dass das Pendel zurückschwingt. Wolfgang Schulhoff hat von der Bundestagswahl geredet. Im Wahlkampf werden Sie es merken. Da wird es eine Grundsatzschlacht werden, obwohl wir die so gar nicht brauchen.

Noch einmal, was wir brauchen: Soziale Marktwirtschaft heißt keine Einzeleingriffe des Staates in Marktvorgänge, sondern Rahmenbedingungen. Das trifft das alte Beispiel vom Fußballfeld. Dort gelten bestimmte Regeln. Jeder kann auf dem Fußballfeld spielen und laufen, wie er will. Wenn er gegen die Regeln verstößt, bekommt er eine gelbe Karte und, wenn es ganz schlimm ist,

eine rote Karte. Das ist das, wovon wir reden. Darüber müssen wir sprechen.

Natürlich gibt es einige Probleme. Natürlich muss die Frage der internationalen Finanzmärkte anders geregelt werden. Da sind wir aber übrigens weiter gekommen, als es nach außen den Eindruck hat. Da ist sehr viel passiert. Ich nenne als Stichwort „Basel III“. Da kommt noch einiges. Das dauert halt leider. Aber es gibt auch identifizierbar große Probleme, die wir anpacken müssen, weil deren Lösungen auch wachstumsfördernd sind. Da unterscheide ich mich ein wenig von Herrn Reuter. Herr Reuter sagt, die ökonomischen Daten seien nicht so wichtig, das mit dem Glück sei wichtiger.

(Klaus Reuter: Qualitatives Wachstum!)

Qualitatives Wachstum – einverstanden. Jedenfalls ohne Wachstum geht es nicht. Wir werden von den Schulden nicht herunterkommen, wenn wir kein Wachstum haben, es sei denn, über Inflation, und das bezahlen bekanntermaßen – das hatten wir im letzten Jahrhundert schon zweimal – die kleinen Leute und nicht die großen. Die Großen haben Immobilien und Sachwerte. Die werden wieder diejenigen sein, die am Schluss doch profitiert haben. Insofern: Wir brauchen Wachstum.

Was sind die Themen? Wir werden dieses Land demografiefest machen müssen. Diese demografischen Veränderungen kommen, egal, was wir sagen. Nehmen wir ein konkretes Beispiel: Alle Fachleute, wenn man ihnen denn glauben darf, sagen, ab 2015 kriegen wir mit Macht das Facharbeiterproblem. Ob diese Jahreszahl stimmt, weiß ich nicht. Auf jeden Fall, man spürt es bereits heute. Man muss an dieses Problem heran. Man muss versuchen, etwas zu tun. Das ist in dem Zusammenhang nicht das einzige Problem. Natürlich werden wir uns auch, wenn wir demnächst in Deutschland 17 Millionen Leute weniger sind, mit der Frage des Rentensystems beschäftigen müssen. Das ist übrigens auch alles nichts Neues. Hier sitzen genügend Leute, die schon länger in der Handwerksorganisation dabei sind. Sie alle haben schon zu Füßen von Kurt Biedenkopf gesessen, als er vor 30 Jahren uns erzählt hat, da kommt etwas auf uns zu. Hinterher kam Professor Miegel und hat das Ganze noch mit Zahlen untermauert. Wir wissen alles. Es gibt nichts, was

wir nicht wissen. Wir tun nur zu wenig, um uns darauf vorzubereiten, und wir kommen wieder in der letzten Minute um die Kurve. Das ist ein Fehler.

Ich will noch den zweiten Punkt „armutsfest“ ansprechen, weil Herr Reuter das angesprochen hat. Natürlich muss, wenn das Ganze eine soziale Gesellschaft ist, über die Frage „Armut“ diskutiert werden. Das meint nicht nur das Auseinanderfallen der Gesellschaft. Zum Beispiel gehen viele Frauen in die Altersarmut, wenn wir dagegen nichts tun. Das kann man heute schon ausrechnen. Wenn Frauen eine unstetige Berufsbiografie haben, werden sie am Schluss eine Rente bekommen, die irgendwo bei Hartz IV liegt. Wenn sie dann keine Witwenrente bekommen, die unter der Regierung Schröder auch noch verändert worden ist – man muss heute 45 Jahre verheiratet sein, um die große Witwenrente zu bekommen; das fällt also für viele aus –, werden wir bei den Frauen ein Riesenproblem bekommen.

Übrigens – da nehme ich noch einen ganz wichtigen DGB-Hinweis auf: Mit dem Versprechen an die jungen Leute nach dem alten Gesellschaftsvertrag, dass sozialer Aufstieg möglich ist, wenn sie sich anstrengen, sind wir beim Stichwort Ausbildung, also duales Bildungssystem. Zu viele machen irgendetwas, wo sie am Schluss keine reale Perspektive haben. Statt Praktika sollten sie lieber eine Lehre im Handwerk, eine Meisterprüfung machen, und sich im Anschluss selbstständig machen – das hat viel mit Freiheit und viel mit der Schaffung von Arbeitsplätzen zu tun.

(Beifall)

Das Wirtschaftssystem muss auch politikfest gemacht werden. Wir müssen zum Beispiel über die Frage reden, ob die Politik einfach in die Rentenkasse eingreifen kann. Bürokratiefest muss es auch noch gemacht werden. Wir haben nämlich inzwischen an einigen Stellen zu viel Bürokratie. Das können wir gar nicht mehr bezahlen.

**Prof. Dr. Günther Nonnenmacher:**

Wir haben ein ganz schmales Zeitfenster für eine Diskussion. Ich darf nämlich noch Herrn Ehlert das Wort erteilen und muss dann den Stehempfang zeitlich anknabbern. – Gibt es Fragen? Bitte

stellen Sie die Fragen kurz und präzise, weil wir wirklich nur fünf Minuten Zeit haben.

**Prof. Dr. Rudolf Tilmann:**

Ich finde, es ist eine paradiesische Diskussion, weil Sie sich doch weitgehend einig sind. Dass innerhalb unseres blühenden Landes noch ein paar Stellschrauben geändert werden müssen, das wissen wir. Aber in diesen Paradiesgarten brechen ja doch Tsunamiwellen ein, die wir schwer beherrschen. Ich will nicht die Rohstofffrage, die Energiefrage und die Klimafrage ansprechen, sondern nur die Finanz- und Geldpolitik.

Es schwirren um den Globus viele, viele Milliarden an Geld herum. Diese Milliarden wirken wie ein Tsunami auf die Volkswirtschaften ein. Sie sorgen für billiges Geld. Sie verführen die Wirtschaft und die Staaten, zum Beispiel die Mittelmeerstaaten, zu einem zu großen Konsum. Sie nehmen damit Zukunft vorweg. Denn Geld ist nichts anderes, als der Kauf der Zukunft, ist also Zukunft. So viel Zukunft gibt es gar nicht, wie Geld um den Globus herumschwirrt. Dafür wird noch eine Geldstabilität garantiert, also ein Pflock gegen die Geldentwertung eingeschlagen und gehalten, also zugunsten dieser Geldmassen, die man auch als Macht bezeichnen könnte – wir diskutieren hier ja über eine Macht –, wird noch Geldstabilität garantiert. Das müssen wir wegen der Renten und überhaupt. Ich frage mich, wie dieses Problem gelöst werden soll. Es ist ganz weit von einer Lösung entfernt, Herr Rüttgers. Gegen diese Geldmassen ist Frau Merkel hilflos, gegen die ist die politische Macht hilflos. Ich weiß auch nicht, wie das einmal ausgehen soll. Denn diese Geldmasse wird immer größer; sie wird nicht kleiner, sondern größer. Ich möchte die Aufmerksamkeit, wenn wir über Macht sprechen, auf dieses Riesenproblem der Weltwirtschaft hinweisen, das wahrscheinlich nur mit weltwirtschaftlichen Mitteln gelöst werden kann.

(Beifall)

**Prof. Dr. Günther Nonnenmacher:**

Ich hoffe, dass Herr Böhnke in seiner Diner Speech uns darauf die einzig mögliche Antwort geben kann. Ich fürchte, das Problem können wir hier nicht ausdiskutieren oder gar lösen.

Gibt es weitere Fragen oder Beiträge? – Das ist nicht der Fall. Wie jeder geschickte Versamm-

lungsleiter schließe ich die Diskussion nach einem kurzen Rundblick. Ich bitte um Entschuldigung, dass die Aussprache relativ kurz war. Ich glaube, die Diskussion war spannend genug.

(Beifall)

Ich bedanke mich bei allen Diskussionsteilnehmern.

Ich bitte Herrn Ehlert, den Vizepräsidenten des Nordrhein-Westfälischen Handwerktags, zum Schlusswort.

## Schlusswort

### **Andreas Ehlert, Vizepräsident des Nordrhein-Westfälischen Handwerktags**

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Podiumsteilnehmer! Sehr geehrter Diskussionsleiter Professor Nonnenmacher! Das ist jetzt auch für mich nicht besonders einfach. Das war ein starker Aufschlag eines Radikalliberalen, eines selbst bekennenden Radikalliberalen, der von rationaler Ignoranz der Masse sprach. Vielleicht ist die Masse auch keine homogene Einheit. Das haben wir hier nicht ausdiskutieren können.

Es gab einen berechtigten Konter des Gewerkschafters, von dem man das erwarten musste. Das hat er dann auch gut gemacht. Damit war das Feld abgesteckt von links nach rechts oder von rechts nach links. Ich will das jetzt nicht politisch werten.

Das war ein deutlicher Rahmen, in dem wir uns dann bewegen durften. Ich muss sagen, nach diesen beiden Aufschlägen war ich – nicht nur ich – ratlos. Sven Gösmann hat dann das Dilemma des journalistischen Beobachters schön auf den Punkt gebracht. Ein ganz klein bisschen so haben wir uns auch gefühlt. Wir saßen dort und waren ein wenig ratlos.

Professor Schulhoff hat ja ganz zu Anfang die Frage in den Raum gestellt, brauchen wir nun den Markt, und brauchen wir die Politik. Er hat deutlich formuliert: Politik hat die Aufgabe, Freiheit und Verantwortung zusammenzubringen.

Das würde die Sache ein wenig eilen. Und er hat deutlich gesagt, wir brauchen einen starken Markt, aber wir brauchen auch starke Politiker.

Dr. Rüttgers hat dieses holzschnittartige Links-und-rechts-Modell wunderbar detailliert beschrieben, auseinandergenommen und gesagt, es sei wichtig, das Verhältnis – ich glaube, darauf kann man sich einigen – zwischen Markt und Staat – auch Professor Nonnenmacher hat das formuliert – immer wieder neu auszutarieren.

Dass wir als Handwerk auf verlässliche Rahmenbedingungen angewiesen sind, das hat Josef Zippel sehr deutlich gemacht. Das liegt uns natürlich am allermeisten am Herzen. Mittelstand hat ein hohes Interesse an starken politischen Institutionen und an stabilen Rahmenbedingungen. Ich muss Sie in dem abgesteckten Rahmen zwischen Arbeitnehmer und marktradikalen Thesen alleine lassen. Es ist wichtig, dass dieser Rahmen gesteckt wird. Es ist wichtig, dass wir unterschiedlichste Positionen hier auf dem Podium wahrgenommen haben. Und es ist wichtig, dass wir dann miteinander im Gespräch bleiben und immer wieder neu über diese Fragen diskutieren.

Politik hat die Aufgabe, Freiheit und Verantwortung zusammenzubringen. Ich denke, wir werden draußen im Foyer noch ein wenig darüber diskutieren dürfen. Professor Nonnenmacher – das habe ich ganz am Rande erfahren – hat vor, sich in einem bestimmten Bereich seiner Tätigkeit ein wenig zurückzuziehen. Das heißt nicht, dass er das letzte Mal beim Handwerk gewesen ist. Ich hoffe, Professor Nonnenmacher, wir sehen Sie noch vielfach an den verschiedensten Stellen.

Ich danke noch einmal ausdrücklich denen, die auf dem Podium gesessen haben, für die deutliche Aussprache. Daran hat es nicht gemangelt. Wir haben die Thesen deutlich wahrgenommen.

Ich danke Ihnen allen, dass Sie die Zeit mitgebracht haben, hier zuzuhören. Die Veranstaltung ist noch nicht beendet. Wir gehen jetzt gemeinsam hinaus und werden im Vorraum noch ein wenig miteinander sprechen dürfen.

Ich danke Ihnen allen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

# Dreikönigessen

## Begrüßung und Einführung

**Prof. Wolfgang Schulhoff,  
Präsident des Nordrhein-Westfälischen  
Handwerkstags**

Meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herzlich willkommen zum Dreikönigessen hier in der WGZ Bank! Ich freue mich, Sie heute wieder so zahlreich an dieser Stelle begrüßen zu können.

Ihnen allen wünsche ich von ganzem Herzen – wir stehen am Anfang eines neuen Jahres – ein gutes Jahr 2013, Glück, Erfolg, Zufriedenheit und Gesundheit. Ich habe gerade erst erfahren müssen, wie wichtig die Gesundheit ist. Wenn man gesund ist, kann man alles andere machen, dann fällt einem alles andere viel leichter.

Wie immer sind viele Persönlichkeiten aus Handwerk, Politik, Medien, Wissenschaft, Kultur und Verwaltung unter uns, die es alle verdient hätten, dass ich sie namentlich begrüße. Aber Sie wissen ja: Ich fasse mich immer kurz!

(Heiterkeit)

– Ich weiß nicht, was Sie wollen! Heute Nachmittag habe ich mich doch auch kurz gefasst.

(Heiterkeit)

Lassen Sie mich nur einige wenige Gäste namentlich begrüßen.

Für das Handwerk begrüße ich ganz herzlich meine Präsidentenkollegen Willy Hesse und Dieter Philipp, Letzteren auch in seiner Funktion als Aufsichtsratsvorsitzender.

(Beifall)

Sie sehen, meine sehr verehrten Damen und Herren: Auch Handwerker können den Vorsitz großer Aufsichtsräte nehmen. Auch sie wissen, was sie da zu tun haben. Wenn ich dabei an andere Unternehmen denke, muss ich sagen, dass es uns hier sehr gut geht. Ich werde gleich noch einige Worte dazu verlieren müssen.

Ich begrüße des Weiteren meinen Vizepräsidenten, der auch Präsident des Unternehmerverbandes Handwerk NRW ist, Andreas Ehlert.

(Beifall)



*Die Sternensinger der katholischen Kirchengemeinde „Heilige Familie“, Düsseldorf Stockum, mit Willy Hesse, Werner Böhnke, Andreas Ehlert, Dr. h.c. Nikolaus Schneider, Professor Schulhoff, Dipl.Volksw. Josef Zipfel (von links nach rechts)*

An dieser Stelle begrüße ich auch meinen Präsidentenkollegen und den Bürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf, Friedrich Conzen. Ganz herzlichen Dank im Namen aller Unternehmerverbände und aller Wirtschaftsverbände!

(Beifall)

Es ist mir eine große Freude, für die Landesregierung den Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, Herrn Dr. Horzetzky, hier begrüßen zu dürfen.

(Beifall)

Ich füge hinzu: Er ist ein großer Freund des Handwerks. Sie wissen ja, dass dieses Ministerium das Handwerk im Titel trägt. Insofern haben wir da ein Alleinstellungsmerkmal. Ich glaube, daran haben Sie mitgewirkt, lieber Herr Horzetzky. Ganz herzlichen Dank!

Ich freue mich außerordentlich, dass heute auch unser früherer Ministerpräsident unter uns ist, Dr. Jürgen Rüttgers.

(Beifall)

Wir im Handwerk haben ihm sehr viel zu verdanken. Auf einige Dinge ist er auf unserem Symposium heute Nachmittag eingegangen. Herzlich willkommen, lieber Jürgen!

Aber er ist nicht alleine gekommen, sondern hat eine ehemalige Ministerin und einen ehemaligen Minister mitgebracht, die dem Handwerk ebenfalls sehr verbunden sind. Ich begrüße Christa Thoben ganz herzlich hier in unserem Kreis, und ich begrüße ganz herzlich Herrn Dr. Helmut Linssen.

(Beifall)

Wir sind hier aber nicht nur CDU-besetzt. Ich darf einen weiteren großen Freund des Handwerks begrüßen: Herrn Professor Jochen Dieckmann, vormals langjähriger Minister und SPD-Vorsitzender dieses Landes.

(Beifall)

Ein spezieller Gruß gilt jetzt – ich bitte um einen ganz besonderen Applaus – dem Vorsitzenden

der SIGNAL-IDUNA-Gruppe, Herrn Reinhold Schulte.

(Beifall)

Sie wissen ja noch gar nicht, warum! – Er feiert heute seinen 65. Geburtstag!

(Lebhafter Beifall – Die Anwesenden stimmen ein Geburtstagslied an.)

Ich habe noch etwas hinzuzufügen: Wir haben Ihnen großen Dank auszusprechen, lieber Herr Schulte, denn Sie sind dem Handwerk immer treu geblieben. Obwohl die SIGNAL-IDUNA-Versicherung unter Ihrer Regie großartig gewachsen ist, haben Sie immer klar und deutlich gesagt, woher Sie kommen: aus dem Handwerk. Sie sind in unserem NWHT-Vorstand, haben da fleißig mitgearbeitet und nie gefehlt – trotz der Belastungen, die Sie haben. Das ist eine großartige Leistung, die wir dankbar betrachten. Wenn Sie jetzt in den Ruhestand gehen, wird das ja zum Glück gar kein Ruhestand, sondern Sie werden dem Unternehmen treu bleiben. Darüber freuen wir uns.

Sie wissen, dass ich alles immer mit einer Bitte begleite: Ihrem Nachfolger versuchen Sie bitte gelegentlich etwas mitzugeben – was das Handwerk anbetrifft. Er soll sehen, woher die SIGNAL IDUNA kommt. Denn es ist immer wichtig, zu wissen, woher man kommt. Dann geht man bedächtig in die Zukunft hinein. Wenn er es sieht, ist es gut, wenn er es nicht sieht, werden wir uns hier daran erinnern. Und Sie wissen, dass wir unser Wort immer halten. Also ganz herzlichen Dank, dass Sie den heutigen Abend hier verbringen!

(Beifall)

Ferner freue ich mich, dass unser Ehrenpräsident unter uns ist: Herzlich willkommen, lieber Hansheinz Hauser.

(Beifall)

Ich habe eben schon gesagt: So frech, so munter, wie er ist, ist das ein Vorbild für uns, besonders für mich als jüngeren Vertreter des Handwerks.

(Heiterkeit)



– Da braucht ihr gar nicht zu lachen! Der Altersunterschied ist ja nun mal da! Aber er wirkt jünger; daran kann ich auch nichts machen.

(Heiterkeit)

Ich freue mich auch, dass viele namhafte Medienvertreter hier unter uns sind. Ich kann sie nicht alle namentlich begrüßen. Ich begrüße die Chefredakteure: In alphabetischer Reihenfolge begrüße ich ganz herzlich Sven Gösmann,

(Beifall)

der schon heute Nachmittag bei uns war, Gabi Ludwig vom WDR,

(Beifall)

Professor Günther Nonnenmacher von der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, der eben die Moderation führte und im Grunde schon zum Hause des Handwerks gehört,

(Beifall)

und Martin Vogler von der „Westdeutschen Zeitung“.

(Beifall)

Mein besonderer Gruß und mein großer Dank gilt natürlich auch in diesem Jahr dem Hausherrn und Gastgeber des heutigen Abends, dem Vorstandsvorsitzenden der WGZ Bank, Herrn Werner Böhnke.

(Beifall)

Herzlichen Dank für die erneute Gastfreundschaft!

Handwerk und Genossenschaften teilen dieselbe Grundüberzeugung von der rechten Ordnung in Wirtschaft und Gesellschaft, nämlich die Wertschätzung von Selbstbestimmung und Selbstverantwortung, die Wertschätzung von Kooperation und gegenseitiger Hilfe. Wir beide denken Wirtschaft und Gesellschaft nicht vom Staat, sondern vom Menschen her. Das verbindet uns. Das ist auch die Kernbotschaft aller unserer Dreikönigstreffen in diesem Haus.

Also nochmals ganz herzlichen Dank! Wir freuen uns auf Ihr Grußwort, das auch immer ein bedeutender Punkt unserer Veranstaltung ist.

Diese gemeinsame Ordnungsphilosophie von Handwerk und Genossenschaftswesen hat einer Quelle besonders viel zu verdanken, nämlich der christlichen Soziallehre, der katholischen und der evangelischen. Hier finden sich wertvolle Elemente der Orientierung, die fundamental sind für jede Gesellschaft.

Für mich steht deshalb fest: Wir brauchen die moralische Orientierung durch die Kirchen. Das galt nicht nur für die Vergangenheit, das gilt auch für die Zukunft – trotz einiger Schwierigkeiten, die aufkommen. Die Kirche wird von Menschen gemacht. Das sollten wir immer im Blick haben.

Moral ist für den Menschen unverzichtbar. Ohne Moral kann keine Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft funktionieren. Die Kirchen und natürlich auch andere helfen uns, zu verstehen, dass wir Wirtschaft nicht auf die Herrschaft des Eigennutzes reduzieren dürfen. Wer im Markt unterwegs ist, braucht Grundüberzeugungen. Und diese Grundüberzeugungen kommen leider nicht immer von selbst.

Zur Ausprägung eines moralischen Mindeststandards braucht eine Gesellschaft so etwas wie einen Orientierungsrahmen – wir haben uns eben in dem Symposium darüber unterhalten; das geht unmittelbar in meine Gedankenführung hinein –, einen Ordnungsrahmen, der aus verschiedenen Quellen gespeist wird.

Auch der Staat muss hierzu seinen Beitrag leisten. Er gerät jedoch leicht in Gefahr, seine zweifellos machtvolle Position in diesem Spiel der Kräfte zu missbrauchen. Wir müssen sorgfältig darauf achten, dass eben das nicht passiert.

Dieser Gefahr entgegenzuwirken ist unter anderem eine wichtige Aufgabe, eine mahnende Aufgabe auch der Kirchen. Denn es darf beispielsweise nicht sein, dass wir die Menschen im Namen einer sicherlich grundsätzlich anzustrebenden sozialen Gerechtigkeit der Entmündigung durch den Staat ausliefern. Der Staat ist kein Selbstzweck, sondern er ist um der Menschen willen da. Die Verstaatlichung des Menschen durch immer neue Formen der Bevormundung und Umver-

teilung ist meiner Ansicht nach der falsche Weg. Wir haben das in Europa gesehen: mit einem Gefälle zum Süden hin. Die Würde des Menschen in Selbstbestimmung und Selbstverantwortung muss Maßstab von Wirtschaft und Staat sein.

Und dazu brauchen wir die Kirchen. Dazu haben die Kirchen viel zu sagen. Daher begrüße ich ganz besonders herzlich den Festredner des heutigen Abends, den Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland – nur noch für zwei Monate, was ich außerordentlich bedauere – und Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche in Deutschland und nicht zuletzt den Träger des Europäischen Handwerkspreises 2010: Ich begrüße Herrn Präses Dr. Nikolaus Schneider. Ganz herzlich willkommen!

(Beifall)

Lieber Präses Schneider, es ist mir, es ist uns eine große Freude, Sie heute bei uns zu sehen. Schon bei der Verleihung des Europäischen Handwerkspreises habe ich davon berichtet, wie wir beide vor einigen Jahren auch persönlich zueinander fanden. Wir haben damals, im Jahr 2009, gespürt, dass wir beide von derselben Frage umgetrieben werden: Wie können wir zu einer Kultur der persönlichen Verantwortung in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zurückfinden?

Wir haben darüber und über viele andere wichtige Themen viele gute und intensive Gespräche geführt. Ich kann für mich nur sagen: Ich habe dabei nicht nur viel gelernt, sondern uns verbindet inzwischen – das darf ich sagen, lieber Präses – auch ein freundschaftliches Verhältnis, für das ich außerordentlich dankbar bin. Ein Meilenstein in meinem Leben!

Als Protestant darf ich noch etwas anderes ganz freimütig bekennen: Ich bin sehr froh, dass Sie das höchste Amt in unserer Kirche innehaben.

(Beifall)

Denn Sie suchen nicht den billigen Beifall in Talkshows, Sie betreiben keine Personalityshow, Sie jagen nicht voller Eitelkeit den Schlagzeilen nach,

Sie umgeben sich nicht mit einem Heiligenschein. Sie stehen für Substanz, für Verantwortung, für Ernsthaftigkeit, für Format, für Bodenhaftung und für Menschlichkeit. Sie sind nicht nur ein guter Theologe – Sie wären nicht der Erste, denn das ist selbstverständlich in der Theologie –, sondern auch – und das ist für mich außerordentlich wichtig – ein Seelsorger, ein wirklicher Seelsorger, wie ich es an einem Pastor immer schätze.

All das zusammen beeindruckt mich sehr. Dabei gehören Sie auch nicht zu jenen engstirnigen Kirchenvertretern, die nur die Theologie hinter dem Komma betreiben. – Wir haben uns darüber mal unterhalten; auch Jürgen Rüttgers war dabei. – Damit meine ich jene Theologen, die immer das Trennende betonen, Theologen, die sich im Streit miteinander verzetteln und darüber die wahren Nöte und Sorgen der Menschen aus dem Blick verlieren, jene Theologen, die die Kirche aus der Welt heraus führen und sie auf diese Weise selbstzufrieden und selbstgerecht machen.

Sie, lieber Präses, haben eine andere Botschaft. Sie sprechen die Themen an, die die Menschen bewegen. Sie stehen für eine Kirche mitten im Leben. Und für Sie steht nicht allein das Wächteramt im Vordergrund, sondern Ihnen geht es mindestens ebenso um die Frohe Botschaft. Und beides muss in einer gewissen Balance sein. Das ist eine Akzentuierung, die mir – wenn ich das persönlich hinzufügen darf – in meiner Kirche über viele Jahre gefehlt hat und die mich innerlich etwas ausgrenzen ließ.

Gerade die Verkündung der Frohen Botschaft passt, so meine ich, ganz hervorragend zum Dreikönigsfest und zu den Sternsingern. Deshalb bin ich schon sehr gespannt auf Ihren Vortrag. Nochmals ganz herzlichen Dank, dass Sie gekommen sind!

Ich freue mich jetzt auf das Grußwort von Herrn Böhnke. Dann stärken wir uns kurz. Danach werden wir Sie zu Wort kommen lassen, Herr Präses. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

## Grußwort

**Werner Böhnke,  
Vorsitzender des Vorstands der  
WGZ BANK AG Westdeutsche  
Genossenschafts-Zentralbank**

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Freunde des Handwerks! Ich darf Ihnen allen ein herzliches Willkommen zuzurufen. Herzlich willkommen in der WGZ Bank! Herzlich willkommen zum Dreikönigstreffen im Jahre 2013! Worte der Begrüßung darf ich an Sie richten auch im Namen meines Vorstandskollegen, Herrn Wolberg, und des Aufsichtsratsvorsitzenden, Herrn Philipp.

Lieber Herr Schulte, die Mannschaft der WGZ Bank reiht sich ein in den Kreis derer, die „Herzlichen Glückwunsch!“ sagen zu – wie pflegt man es zu formulieren? – einem „Halbrunden“!

Herr Philipp ist von Herrn Schulhoff darauf angesprochen worden: Lassen Sie mich kurz, meine Damen und Herren, das Thema „Aufsichtsrat und Aufsichtsratsbesetzung in Banken“ aufgreifen. Ich würde das verbinden wollen mit einem Wunsch Richtung Politik. – Nachher gehe ich noch in einigen kurzen Betrachtungen auf das Verhältnis Politik/Wirtschaft ein. Ich nehme dabei auf, Herr Schulhoff, dass sich der Wunsch nach kurzen Beiträgen einstellt, und will mich daran halten.

Zum Aufsichtsrat! Ich halte es für eine Fehlentwicklung in der Diskussion, wenn wir nun darauf pochen, dass sich in den Aufsichtsräten der Banken gehöriger wirtschaftlicher Sachverstand einzustellen habe. Ich schaue mir die Aufsichtsräte der Banken an, die in die Krise geraten sind, und entdecke dort Besetzungen, die mich zweifeln lassen, ob unser Ansatz richtig ist.

Ich frage mich, ob es nicht viel vernünftiger ist, in Aufsichtsräten – Herr Schulhoff, da bin ich beim Handwerk – den gesunden Menschenverstand walten zu lassen, sich nicht ein X für ein U vormachen zu lassen, nicht dem Glauben zu verfallen, dass es gelingt, mit kühner Architektur aus eins und eins zwei zu machen, den Blick vielleicht auch darauf zu werfen, dass Dinge, die man nicht tut, nicht gemacht werden. Es heißt ja: Das tut man nicht!



Zur Politik! Es kommt für mich in der Begleitung des Hauptamtes durch den Aufsichtsrat nicht darauf an, dass der Aufsichtsrat noch besser ist als der Wirtschaftsprüfer, sondern es kommt darauf an, dass der gesunde Menschenverstand Platz greift.

(Beifall)

Ich will mich mit Blick auf die Diskussion des heutigen Nachmittags auf zwei Aspekte konzentrieren.

Es fiel der Begriff „systemrelevant“. Ich möchte davor warnen, diesen Begriff von vornherein und sofort negativ zu besetzen. Ich darf das sagen, meine das aus voller Überzeugung, mit hohem Respekt: Das Handwerk ist für die Bundesrepublik Deutschland systemrelevant. Wir müssen aber aufpassen: Der Begriff „systemrelevant“ ist in Verruf geraten. Ich glaube, Herr Nonnenmacher, Sie haben darauf hingewiesen. Bis heute gibt es keine Definition, was systemrelevant ist. Aber wir hantieren mit diesem Begriff geradezu inflationär.

Zweite Bemerkung zur Politik, weil es dazu heute Nachmittag einiges an Kritik gab! – Auch ich gehöre zu denen, die etwas in Richtung Politik zu kritisieren haben, die etwas mit Blick auf Wirt-

schaft zu kritisieren haben – wie umgekehrt. Das müssen wir wechselseitig gelten lassen; das ist in Ordnung. Niemand darf sich hinstellen und für sich in Anspruch nehmen: Ich weiß heute all das, was morgen richtig oder falsch ist.

Wenn ich den Blick auf die Politik richte, dann empfinde ich als Staatsbürger eines – wir schauen uns in der Welt um, wir schauen nach Mali, wir schauen nach Syrien –: Es ist eine herausragende Leistung der Politik nach 1945, dass wir auf einem Kontinent in Frieden leben. Ich bin Jahrgang 1951 und lebe Zeit meines Lebens in Frieden. Das ist für mich die bravouröse historische Leistung der Politik und aller anderen, die an den entscheidenden Stellen Verantwortung getragen haben. Manches – ich bin in der Wirtschaft tätig – verblasst für mich vor dem Hintergrund dieser Feststellung, und manches bekommt für mich einen zu hohen Rang. Das ist für mich ein Umstand, den zu würdigen wir, glaube ich, alle nicht müde werden dürfen.

Ich weiß nicht, meine Damen und Herren, wie Sie den Jahreswechsel gestaltet haben: ob Sie sich vielleicht auch zum wiederholten Male „Dinner für one“ angeschaut haben

(Heiterkeit)

oder ob Sie „Ekel Alfred“ dabei zugeschaut haben, wie er den Silvesterpunsch bereitet, oder ob Sie Lorient gesehen haben. Sie kennen die Geschichte „Weihnachten bei Hoppenstedts“ mit der Bemerkung „Früher war mehr Lametta“. Dieser Satz, sehnsuchtsvoll rückwärtsgewandt, bringt ja zum Ausdruck: Früher war alles besser. – Das lässt sich vielleicht auf manche gesellschaftliche Diskussion übertragen, die wir führen.

Ich hoffe, meine Damen und Herren, dass Sie einen frohen Jahreswechsel hatten, dass Sie beschwingt in das neue Jahr gegangen sind und dass Sie persönlich Anlass hatten, positiv gestimmt in dieses Jahr zu gehen.

Vielleicht hat der ein oder andere von Ihnen – darauf will ich kurz eingehen – auch die Weihnachtspost gelesen, die guten Worte und Wünsche, die man austauscht.

Ich will ein Zitat wiedergeben, das mich gefreut hat; Sie werden es verstehen. Ein von uns sehr

geschätzter Firmenkunde aus Nordrhein-Westfalen, mit dem wir seit vielen Jahren zusammenarbeiten dürfen, bemerkte neben dem Weihnachtsgruß handschriftlich: Wie gut, dass es noch Genossenschaftsbanken gibt!

An jeder Stelle sage ich – Herr Rüttgers, Sie wissen das –: Es ist nicht gestattet, von den Politikern zu sprechen. Man hat zu unterscheiden. Genauso wenig – mit Verlaub – ist es gestattet, von den Bankern oder den Banken zu sprechen.

(Zuruf: Bravo! –

Gegenruf: Das ist ein Berufskollege! – Heiterkeit)

– Das wird sich gleich herausstellen. Vielen Dank für den Zwischenruf!

Fest steht, meine Damen, meine Herren, dass die Finanzbranche insgesamt im gesellschaftlichen Ansehen unter die Räder gekommen ist. Bis in die Gegenwart – das will ich auch als Bankkaufmann sagen – tut diese Branche einiges, um dem Urteil, partiell auch Vorurteil, neue Nahrung zu spenden. Das zeigt nicht nur der Blick auf die verschiedenen Skandale wie Libor-Skandal, Geldwäsche oder Steuervergehen, sondern das zeigen auch Bemerkungen, bei denen ich mir gelegentlich die Augen reibe, wenn ich etwa von namhaften Vertretern unserer Branche vernehme: Wir machen jetzt wieder solides Bankgeschäft. – Oder: Mit den Gehaltsexzessen ist jetzt Schluss. – Das räumt ja implizit ein: Bisher war das in Ordnung. – Oder auch der Satz: Wir sind Retail-Bank, und – in völliger Verkennung der wahren Strukturen – wir dürfen nicht mit Volks- und Raiffeisenbanken verglichen werden. – Bisweilen beschämt es mich, mit welchen Bemerkungen Vertreter unserer Branche sich erlebbar machen.

Jetzt komme ich zum Thema „Regulierung“. Es gibt die Antwort: Wir müssen regulieren. – Was unterbleibt, ist die hinreichende Differenzierung. Ich will das hier vor Kunden gerade auch der Genossenschaftsorganisation sagen. Wenn wir im Zusammenhang mit großen Banken gelernt haben, die Begrifflichkeit zu pflegen: „Too big to fail“, dann erfasst mich die Sorge, dass wir vielleicht in gar nicht allzu ferner Zeit werden sagen müssen: „Too small to survive.“

Das, was an undifferenzierter Regulatorik auf die Banken einbricht, ist bald nicht mehr zu bewältigen. Vor Kunden muss ich sagen, dass die Sorge besteht, dass sich in den Banken schleichend, aber sehr klar die Meinung einstellt: Aufsichtsorientierung geht vor Kundenorientierung! Vorübergehend wegen Regulierung geschlossen!

Ich will Sie nicht mit Begrifflichkeiten quälen. Basel III ist ja nur die harmlose Variante. Es gibt eine Fülle weiterer Regelungen, die umzusetzen sind.

Dennoch: Wer im Geschichtsbuch blättert, zehn Jahre zurückgeht und sich vor Augen führt, was zu Basel II gesagt worden ist, der reibt sich verwundert die Augen. Ich zitiere einen namhaften Bundesbankvorstand: Mit Basel II machen wir das Finanzsystem sicher. – Ähnliche Worte bekommen wir gegenwärtig zu Basel III. Ich wundere mich darüber, dass die Amerikaner wie bei Basel II sagen: Stopp! Gehen wir bei Basel III nicht zu weit?

Erstaunlich ist der Umstand, dass die europäische Ratingcommunity fast geschlossen sagt: Wir müssen jetzt politischen Druck auf die Amerikaner machen, damit die Basel III einführen. – Sollten wir uns nicht mit den Argumenten, die ins Feld geführt werden, auseinandersetzen? Vieles würde Sparkassen und Volksbanken nicht berühren, wenn man gewisse Größenordnungen als Grundlage nehmen würde.

Ich glaube, der Versuch, diese ach so unsicher gewordene Welt mit einem engmaschigen Regelungsgefüge zu beherrschen, wird scheitern. Krisen gehören zum Wirtschaftsleben. Krisen gehören zum politischen Leben. Krisen gehören zum Leben der Menschen. Wir müssen aufpassen, dass wir nicht die Herrschaft über die Dinge den bisweilen mit auffälliger Distanz zur Lebenswirklichkeit agierenden Technokraten übertragen.

Es klang heute Nachmittag an: das Geld, das um den Globus schwirrt. Ich will das aus einer etwas anderen Perspektive betrachten, die mich als Bankkaufmann mit Sorge erfüllt: weil etwas schleichend stattfindet, von dem – oh Wunder! – kaum Notiz genommen wird. Wir in den Banken müssen uns mit dem Verbraucherschutzgesetz quälen. Da kommt es auf das Komma an. Kun-

den verlassen inzwischen verzweifelt die Filiale, weil sie sagen: Ich wollte Festgeld anlegen, ich wollte mich nicht einer Auskunftfei überantworten. – Verbraucherschutz ist gut und richtig. Aber wir sind auf dem besten Wege, es maßlos zu übertreiben.

Allerdings sind wir gegenwärtig Zeuge einer historischen Entwicklung, die wohl einen ganz massiven Angriff auf Verbraucherinteressen darstellt – dem Umstand geschuldet, dass wir – politisch gewollt – ein Zinsniveau haben, das historisch seinen Vergleich sucht. Ich darf hier sagen, dass wir inzwischen Geld aufnehmen können, ohne dafür bezahlen zu müssen.

Ich will auch auf den Verbraucher hinweisen, der dieser Zinsstruktur nicht entinnen kann, aber gleichzeitig gehalten wird, für sein Alter vorzusorgen. Das ist nach den mathematischen Gesetzen – Zins und Zinseszins lassen grüßen – nicht möglich.

Versicherungen, lieber Herr Schulte, wissen inzwischen ein Lied davon zu singen. Sie können ihr Zahlungsverprechen nämlich nur noch sehr begrenzt einlösen. Sie müssen sich anstrengen. Eine fortdauernde Niedrigzinsphase wird uns in dieser Gesellschaft vor erhebliche Probleme stellen.

Zu Ratingagenturen will ich mir nur eine Bemerkung gestatten, nämlich die herzliche Bitte an all jene, die im politischen Bereich Gestaltungsmöglichkeiten haben: Tun Sie alles, um der Herrschaft der Ratingagenturen Einhalt zu gebieten! Dass wir – auch in diesem Haus – nach wie vor gehalten sind, Eigenkapitalpositionen entsprechend dem Urteil amerikanischer Ratingagenturen vorzuhalten, ist vor dem Hintergrund der – mindestens partiell – erwiesenen mangelnden Urteilsfähigkeit der Ratingagenturen – um es vorsichtig auszudrücken – schlechterdings nicht vertretbar.

Ich habe mitbekommen, Sie haben mitbekommen, dass die europäischen Staaten einen kleinen Schritt unternommen und gesagt haben: Es darf nur zu gewissen Daten veröffentlicht werden. – Aber nach wie vor gilt es festzuhalten: Wir haben uns unter die Herrschaft der Ratingagenturen gestellt und zahlen dafür, wie ich finde, einen zu hohen Preis.

Meine Damen und Herren, verzeihen Sie mir, dass ich einige Bemerkungen zu Banken gemacht habe. Ich bitte Sie herzlich, sich überall dort, wo Sie in Zukunft Gelegenheit haben, einzubringen in Diskussionen, bei denen es um die Banken geht. Wenn ich Sie als Anwalt wüsste, der der Differenzierung das Wort redet, wäre ich Ihnen außerordentlich dankbar. Ich glaube, das ist wichtig.

Unsere gesamte gesellschaftliche Diskussion leidet im Übrigen darunter, dass wir, welches Thema wir auch nehmen, allzu gehemmt sind, den Singular zum Plural zu erklären. Ob ich kirchliche Bereiche nehme, politische Bereiche, wirtschaftliche Bereiche – das ist in vielen, vielen Fällen, in denen ich es beobachten kann, im Grunde genommen das Ende einer vernünftigen, sachlichen Auseinandersetzung, eines vernünftigen, sachlichen Diskurses.

Für das Jahr 2013 bleibt mir abschließend, Ihnen und Ihren Familien, meine Damen und Herren, ein gutes Jahr zu wünschen. Sie wissen aus den Unternehmen, in denen Sie tätig sind: Die Zeiten sind herausfordernd. Viele hier wissen, dass wir am Anfang eines neuen Jahres immer sagen: Das nächste ist das schwierigste. – Aber vielleicht haben auch Sie hier und da den Eindruck: Die Stimmung vor einem Jahr war ein wenig getrübt. Da sind wir heute aus gutem Grund eingeladen, ein Stück optimistischer in das neue Jahr zu sehen.

Ich hoffe, dass sich dieser Optimismus bei Ihnen einstellt, wünsche Ihnen von Herzen ein gutes Jahr, ein spannendes Jahr, ein frohes Jahr 2013! Vielen Dank, dass Sie heute Ihre Aufmerksamkeit der WGZ Bank schenken!

(Beifall)

## Festansprache

**Dr. h.c. Nikolaus Schneider,  
Präses der Evangelischen Kirche im  
Rheinland, Vorsitzender des Rates der  
Evangelischen Kirche in Deutschland**

Sehr verehrter Herr Präsident! Liebe Frau Schulhoff! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie haben zum traditionellen Dreikönigstreffen des Nordrhein-Westfälischen Handwerkstages einen Theologen eingeladen, zu dessen wesentlichen Tätigkeiten das Mundwerk gehört.

Handwerk und Theologie könnten auf den ersten Blick zwei voneinander getrennte Parallelwelten beschreiben. Aber ich möchte es lieber mit dem Apostel Paulus halten, der uns das schöne Bild von dem einen Leib mit den unterschiedlichen Gliedern geschenkt hat.

Und so finden Handwerk und Mundwerk zusammen, ja, sie gehören für jeden einzelnen Menschen zusammen, auch für unsere Gesellschaft und auch für unseren Staat. Sie sind aufeinander angewiesen und bereichern sich gegenseitig in vielerlei Hinsicht.

Gestatten Sie mir diese Nebenbemerkung: Ich kenne und erlebe immer wieder Handwerker, die auch hervorragende Mundwerker sind.

(Heiterkeit)

Herr Präsident!

(Heiterkeit und Beifall)

Und ebenso gibt es auch das Umgekehrte. Das kann ich nun von mir nicht sagen. Aber als wir eine Verordnung darüber gemacht haben, wie Pfarrhäuser erhalten werden, und eine Umlage für die Pfarrerrinnen und Pfarrer eingeführt haben, die die jeden Monat zahlen müssen, damit man die Häuser in Ordnung halten kann, gab es Riesenproteste von einer Menge Theologen, die sagten: Das können wir alles selber und im Zweifelsfall noch besser!

(Heiterkeit – Zuruf: Zeit genug haben sie!)

– “Zeit genug haben sie“ ist eine falsche Einschätzung.

(Heiterkeit)

Zusammenfassend möchte ich sagen: Ich freue mich, dass ich bei Ihnen sein kann. Ich bin sehr gerne zu Ihnen gekommen und bedanke mich für die Möglichkeit, zu Ihnen zu reden.

Das Thema meines Vortrages „Der Bürger und sein Staat aus theologischer Sicht“ ist so etwas wie ein Lebensthema für mich. Es prägt ganz wesentlich mein Berufs- und mein Kirchenverständnis.

Da Sie mich zu diesem Thema eingeladen haben, werden Sie nun damit leben müssen, dass ich Ihnen auch einiges Theologisches und Kirchengeschichtliches weitersage. Aber ich hoffe, es wird auch spannend sein für Sie.

Als inhaltlichen Bezugspunkt meiner Ausführungen heute Abend habe ich die fünfte These der Barmer Theologischen Erklärung gewählt. Ich meine, sie hat bis heute für das Thema Gültiges und Wegweisendes zu sagen.

Zunächst zum Kontext der Entstehung der Barmer Theologischen Erklärung: Die Barmer Theologische Erklärung wurde Ende Mai, nämlich zu Pfingsten, 1934 verfasst. Sie gilt bis heute als schriftgemäße, für den Dienst unserer Kirche verbindliche Bezeugung des Evangeliums.

Sie müssen das so verstehen: Das Evangelium wird von uns allen jeden Sonntag bezeugt und ausgelegt. Aber es gibt nur wenige Dokumente, bei denen wir sagen: Hier kommt nach unserer aller Einschätzung – und nicht nur für den jeweiligen einzelnen Pastor – die Wahrheit des Evangeliums gültig zum Ausdruck.

Wir werden als evangelische Theologen auf solche Bekenntnisse ordiniert. Und das sind ganz wenige. Einige davon sind 1.600 Jahre alt. Andere sind rund 450 Jahre alt. Und in dieser Liga spielt für uns auch die Barmer Theologische Erklärung. – Ich sage das, damit Sie einschätzen können, welche Bedeutung dieses Dokument für uns hat.

Die Barmer Theologische Erklärung wird auch als eine kirchliche Begründung des politischen Widerstandes gegen die aufkommende Nazidiktatur gesehen. Das ist sie in ihrer Konsequenz

auch geworden, ohne dass dies ursprünglich intendiert war. Das erste Ziel war eine theologische Vergewisserung über ein biblisch begründetes und damit evangeliumsgemäßes Kirchenverständnis. Das war der Ansatz: damit Kirche Kirche Jesu Christi bleibt.

Denn es bestand im Mai 1934 die Gefahr, dass die evangelische Kirche, getrieben von der Glaubensbewegung der Deutschen Christen, in einen deutschvölkischen Götzenkult abglitt. Die Bedrohung der Kirche war zunächst keine Bedrohung von außen, etwa in dem Sinne, dass die Kirche verboten werden sollte oder dass ihre Mitglieder verfolgt und eingekerkert würden. Das hat es dann später auch gegeben. Heinrich Held, Pfarrer in Essen-Rüttenscheid, der erste Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland, war auch der erste Pfarrer in Deutschland, der verhaftet wurde und ein paar Tage im Gefängnis saß.

Die Bedrohung aber war zunächst eine innertheologische und deshalb eine im Grunde noch gefährlichere für die Kirche. Eine geistliche Machtübernahme und Infragestellung der Grundlagen und Ziele der evangelischen Kirche drohte durch die Deutschen Christen in Kooperation mit der NSDAP und Organen des nationalsozialistischen Staates.

Am Vorabend zu den Kirchenwahlen 1934 hat Hitler eine Rede gehalten, die in ganz Deutschland übertragen wurde, also ganz massiv unterstützt. Nach diesen Kirchenwahlen gab es nur noch drei Landeskirchen, die nicht von den Deutschen Christen übernommen wurden: Das war Bayern, das war Württemberg, und das war Hannover. Der ganze Rest, auch das Rheinland, war von den Deutschen Christen übernommen: in den Konsistorien, also da, wo die Macht in den Verwaltungen saß, aber auch in vielen Presbyterien.

Im Sinne der beginnenden Gleichschaltung gesellschaftlicher Institutionen unter der Nazi-herrschaft wurde im November 1933 im Berliner Sportpalast von den Deutschen Christen ein neues Bild von Kirche, eine deutsche Volkskirche entworfen, mit folgenden Elementen: Ihre Verkündigung müsse von aller orientalischen Entstellung gereinigt werden. – Es gab in Eisenach ein Institut mit renommierten Neutestamentlern zur Entjudung des Neuen Testaments. – Ihre



Botschaft solle mit einer heldischen Jesusgestalt im Zentrum die Grundlage eines artgemäßen Christentums sein. Die deutsche Reformation solle ihre Vollendung finden, indem die deutsche evangelische Kirche den Totalitätsanspruch des nationalsozialistischen Staates bejahte.

Eine institutionelle Gleichschaltung der Kirche wurde durch die Einführung des Führerprinzips in die Kirchenordnungen und die Übernahme des Arier-Paragrafen in das kirchliche Recht angestrebt und dann in vielen evangelischen Landeskirchen auch erfolgreich umgesetzt. – Das war übrigens der Startschuss für die Gründung der Bekennenden Kirche: die Übernahme des Arier-Paragrafen in die Kirchenordnung.

Da sagten Niemöller und seine Freunde: „Und nu' is' gut.“ – Und wirklich: Tausende evangelische Pastoren haben sich dann der Bekennenden Kirche angeschlossen. Auch im Rheinland waren der Widerspruch und der Widerstand dann ausgesprochen stark. Die Bruderräte spielten hier eine wesentliche Rolle und haben nachher auch die Kirchenleitung übernommen.

1945 sind Held und Beckmann in die Inselstraße nach Düsseldorf gefahren und haben denen gesagt: „Schlüssel her!“ – Die haben sie auch herausgerückt. Danach war das Konsistorium bis

auf einen völlig ausgetauscht. Das waren schon massive Herausforderungen.

Vor diesem Hintergrund fühlten sich viele Theologen, leitend Karl Barth, und etliche lutherische und reformierte Christen zu einem biblisch begründeten Widerspruch herausgefordert. Die Bekenntnissynode von Barmen war aber keine offizielle Veranstaltung der verfassten Kirchen. Da haben nicht die Kirchenleitungen getagt und gesagt: Wir wollen mal zur Synode einladen. – Das war vielmehr eine spontane Bewegung der Menschen, die Verantwortung übernommen haben. Barmen war eine freie Zusammenkunft engagierter Laien und Theologen lutherischer und reformierter Herkunft.

Ihr leitendes Prinzip, in Bindung an die Heilige Schrift auf die Herausforderungen der Zeit zu reagieren, führte zu der Barmer Theologischen Erklärung, einem Dokument, dem wir zeitlose, also auch heute gültige bekenntnishaft formulierte evangelische Wahrheiten entnehmen können.

Zweitens zu Aufbau und Inhalt der Barmer Theologischen Erklärung: Ihre Stärke liegt in ihrem konsequenten Schriftbezug und in ihrer Konzentration bei gleichzeitiger Konkretion.



Die Erklärung besteht aus sechs Thesen; das sind zwei DIN-A4-Blätter. Aber das ist ja häufig so: Wenn Sie Richtiges und Gültiges zu sagen haben, dann können Sie es auch kurz sagen.

(Heiterkeit)

All diesen Thesen sind Bibelworte vorangestellt. Sie sind als Kernaussagen der Heiligen Schrift zum jeweiligen Thema und als konstitutiver Bestandteil der Thesen zu verstehen. Nach dem Schriftbezug wird zunächst eine Position dargestellt, formuliert als Aussage und Bekenntnis. Den Abschluss bildet jeweils eine Verwerfung von als falsch erkannten Lehren.

Die Barmer Theologische Erklärung ist damit ein Beispiel für den zentralen theologischen Grundsatz aller kirchlichen Verkündigungen – sollte es jedenfalls sein – und aller Bekenntnisformulierungen – da ist es auf jeden Fall so. Kein Nein ohne das begründende Ja! Gottes Ja zu den Menschen sowie das Ja der Menschen zu Gottes Wort begründen das Nein zu Unrechtsentscheidungen und Unrechtsstrukturen in Staat und Gesellschaft. Das ist ein ganz wesentliches Prinzip.

Übrigens: Ich wünsche mir das auch für die Predigten. Viele Predigten zeigen erst einmal auf, was alles falsch ist, was nicht richtig ist und wogegen man sein muss – und dann kommt zum Schluss mal eben, wofür man sein muss. – Es muss genau umgekehrt sein: erst entfalten, wofür wir stehen, die Positionen deutlich machen; auf dieser Grundlage kann man dann auch sagen, was man ablehnt.

Gottes Wort ist der Grund und die Begründung für alle christlichen Bekenntnisaussagen und für alle Verwerfungen. Und alle uns Menschen in der Bibel überlieferten Gottesworte verdichten und fokussieren sich für Christinnen und Christen in dem einen Wort Gottes, das den Namen Jesus Christus trägt.

Genau das verdeutlicht die erste These der Barmer Theologischen Erklärung mit dem Satz:

„Jesus Christus, wie er uns in der Heiligen Schrift bezeugt wird, ist das eine Wort Gottes, das wir zu hören, dem wir im Leben und im Sterben zu vertrauen und zu gehorchen haben.“

Diese erste These hat für die gesamte Barmer Theologische Erklärung ebendie Funktion, die auch das erste Gebot für die Zehn Gebote hat. Es ist die Mitte, aus der sich alles Übrige ergibt.

Die zweite These macht geltend, dass Gottes Wort tröstlicher und befreiender Zuspruch, aber damit zugleich auch Anspruch auf das ganze Leben von Christinnen und Christen ist.

Die dritte und vierte These beschreiben, dass und wie Jesus Christus uns die Kirche als Gemeinschaft der begnadigten Sünder zu begreifen lehrt und wie die Kirche ihren Auftrag als Dienst der ganzen Gemeinde mit ihren unterschiedlichen Ämtern zu verrichten hat.

Die fünfte These verdeutlicht die Aufgaben des Staates als Anordnung Gottes. Diese These ist – wie schon zu Beginn erwähnt – der inhaltliche Bezugspunkt meines Vortrages. Darauf werde ich gleich intensiv eingehen.

In der sechsten These werden Selbstverständnis und Auftrag der Kirche kurz und prägnant so formuliert:

„Der Auftrag der Kirche, in welchem ihre Freiheit gründet“

– also nicht in Staatsverträgen, sondern im Auftrag –,

„besteht darin, an Christi statt und also im Dienst seines eigenen Wortes und Werkes durch Predigt und Sakrament die Botschaft von der freien Gnade Gottes auszurichten an alles Volk.“

Das ist die Aufgabe der Kirche. Das ist für mich übrigens auch die schönste Begründung für Volkskirche. Das kommt eigentlich aus anderen Zusammenhängen, von Schleiermacher. Aber das ist, finde ich, eine wunderbare Begründung dafür, weshalb wir Volkskirche sind: weil das Evangelium auszurichten ist an alles Volk.

Drittens zur Aufgabe des Staates nach der Barmer Theologischen Erklärung: Die fünfte These der Barmer Theologischen Erklärung ordnet Staat und Kirche ihren jeweiligen Aufgaben zu, und zwar in der noch nicht erlösten Welt. Die Welt soll damit akzeptiert werden in ihren Begrenzungen und mit ihren realen Krisen und Schrecken.

Wir haben es eben gehört: Krisen gehören zum menschlichen Leben dazu. Und genauso wollen wir sie auch wahrnehmen und bedenken und als Aufgabe für den Staat mitgeben. Es geht nicht darum, die heile Welt und den krisenfreien Raum zu schaffen. Es geht um die nüchterne Erkenntnis, dass Christi Leben, Sterben und Auferstehen noch unter der Herrschaft der Sünde steht.

Damit ist gemeint, was wir alle doch kennen, dass wir anders handeln, als wir eigentlich wollen, und dass wir manchmal neben uns stehen und uns darüber wundern, was wir sagen und was wir tun, weil wir eigentlich wissen, wie es richtig und besser wäre. Wir sind trotzdem gehalten und können nicht so. Das ist die Macht der Sünde, die Frage, welcher Geist uns wirklich regiert und einfängt und begrenzt.

Dieser These vorangestellt wird das biblische Wort: „Fürchtet Gott, ehret den König“ – 1. Petrus 2,17. Das Bibelwort unterscheidet die Lebenshaltungen, die zum einen Gott und zum anderen dem König, also der weltlichen Herrschaft von uns Menschen, entgegengebracht werden sollen. Die Furcht im Sinne von Ehrfurcht oder, nach Luthers Verständnis, im Sinne von respektvoller Liebe gebührt Gott und nur Gott allein. Die Ehre im Sinne von Achtung und respektvollem, an Gesetz gebundenem Gehorsam kommt dem König bzw. dem Herrscher eines Staates zu.

Hans Asmussen, ein lutherischer Pfarrer aus Hamburg, der zusammen mit dem Hauptautor Karl Barth die Thesen entworfen hat, nahm in seinem Einbringungsvortrag Bezug auf diese Bibelstelle und hob hervor, dass uns dieses eine Wort der Schrift fester bindet und fester in Gehorsam gegen die weltliche Obrigkeit hält als 1.000 Eide und irdische Bindungen uns halten können.

Aber Achtung: Es ging und geht hier nicht um einen unverantwortlichen, blinden und die Gebote Gottes missachtenden Untertanengehorsam. Das machen die sich anschließenden Sätze unmissverständlich deutlich, indem sie auf Gottes Gerechtigkeit und auf die Verantwortung gerade der Regierten hinweisen, nicht nur der Regierenden.

Die These beginnt mit den Worten: „Die Schrift sagt uns, dass der Staat nach göttlicher Anordnung ...“ Dieser Begriff stellt einen theologischen

Quantensprung dar: Anordnung! Denn in der theologischen Lehre sprach man ansonsten von Schöpfungsordnungen. Die Idee war, bestimmte Ordnungen des Lebens seien der Schöpfung sozusagen eingestiftet durch Gottes Schöpfungshandeln. Deshalb taten die Kirchen sich etwa so schwer, sich vom Königtum zu verabschieden oder mit den Demokratiebewegungen zu gehen. Sie sagten: Der König ist doch Gottes Wille! Das ist doch die Schöpfungsordnung! – Deshalb hier sehr bewusst: Anordnung! Ja, wir sollen ein staatliches Gemeinwesen haben, aber wir sollen es selber entwickeln, aus der Gesellschaft heraus. Dass wir so etwas haben, das ist Gottes Wille. Denn wir brauchen diesen Ordnungsrahmen für unser Leben.

Also:

„Die Schrift sagt uns, dass der Staat nach göttlicher Anordnung die Aufgabe hat, in der noch nicht erlösten Welt“

– also unter den realen Bedingungen –,

„in der auch die Kirche steht“

– wir sind nicht besser als die anderen; ich meine, das muss man heute nicht besonders erklären; es ist so, und dazu müssen wir auch stehen und keine anderen Ansprüche erheben –,

„nach dem Maß menschlicher Einsicht und menschlichen Vermögens“

– also bitte keine tausendjährigen Reiche –

„unter Androhung und Ausübung von Gewalt“

– Gewaltmonopol beim Staat, nirgendwo sonst –

„für Recht und Frieden zu sorgen.“

Das ist die Aufgabe des Staates: für Recht und Frieden zu sorgen. Wo er dies nicht tut, delegitimiert er sich selber.

„Die Kirche erkennt in Dank und Ehrfurcht gegen Gott die Wohltat dieser seiner Anordnung an.“

– Das ist der Grundrespekt, den wir haben. –

„Sie erinnert an Gottes Reich“

– hier sind also nur irdische Reiche die Begrenzung –,

„an Gottes Gebot und Gerechtigkeit“

– wir haben Grundnormen in der Heiligen Schrift, die etwas zur Gerechtigkeit sagen –

„und damit an die Verantwortung der Regierenden“

– natürlich! –

„und Regierten.“

– Auch das ist, finde ich, ein unglaublich erstaunlicher Satz: auch der Regierten. Man kann sich nicht einfach zurückziehen, die Arme verschränken und sagen: Nun macht ihr Politiker mal! – Wir haben eine bleibende Verantwortung.

Das ist die These. Der Staat ist also nur dann eine Wohltat für Menschen, wenn er Gottes Anordnung gemäß für Recht und Frieden sorgt. Und nur dann versetzt er die Menschen in Dank und Ehrfurcht – allerdings eben nicht gegenüber dem Staat, sondern gegenüber Gott. Das ist auch die Legitimation für Widerspruch und im Zweifelsfall auch für Widerstand.

Es geht in dieser These der Barmer Theologischen Erklärung also nicht um eine bedingungslose Anerkennung des Staates in jeder Form oder gar um eine verantwortungslose Unterwerfung aller Bürger und Bürgerinnen. Vielmehr hebt diese These darauf ab, dass Menschen einen geschützten Lebensraum und ordnende Strukturen, also Frieden, Rechtsfindung und Rechtsetzung, brauchen, die von einem Staat hergestellt, erhalten und verteidigt werden müssen. Im Konfliktfall eben auch unter Androhung und Ausübung von Gewalt!

Das reflektiert auch darauf, dass wir in der unerlösten Welt leben. Es ist nun mal so, dass es jede Menge Gewalttätigkeit in der Welt gibt. Und im Notfall kann man das eben nicht allein durch Mediation regeln oder durch eine gute Sozialarbeit oder eine gute Fürsorge oder einen guten pastoralen Dienst. Es gibt Grenzen, wo wir auch Gewaltausübung brauchen. So ist das.

Könige, Herrschende und Regierende werden dabei nicht als Gottgestalten glorifiziert. Kein Gottesgnadentum! Es wird ihnen keine göttliche Unfehlbarkeit zugesprochen. Vielmehr wird von ihnen das Maß menschlicher Einsicht und menschlichen Vermögens gefordert – aber auch erwartet, dass sie nicht so auftreten, als könnten sie darüber hinaus Einsicht gewinnen und entsprechende Ansprüche erheben.

Die Barmer Theologische Erklärung gibt dem Staat mit der fünften These keine direkten politischen Handlungsanweisungen, sondern nennt Maßstäbe, Rahmenbedingungen, Kriterien, an denen sein politisches Handeln zu prüfen und zu messen ist. Das ist keine klerikale politische Bevormundung. Eine relative Eigenständigkeit des Staates wird anerkannt. Das ist eine göttliche Anordnung.

Aber die Eigenständigkeit eines Staates als Recht und Frieden setzende und erhaltende Kraft kann immer nur relativ sein, weil keinem Staat ein Absolutheits- oder Totalitätsanspruch zusteht. Das war damals die Front: der Totalitätsanspruch des Staates auf die Gewissen und das Denken der Menschen.

Das wird im zweiten Teil der fünften These in der Verwerfung klar zum Ausdruck gebracht. Es heißt da:

„Wir verwerfen die falsche Lehre, als solle und könne der Staat über seinen besonderen Auftrag hinaus die einzige und totale Ordnung menschlichen Lebens werden und also auch die Bestimmung der Kirche erfüllen.“

Widerspruch gegen den Totalitätsanspruch! Das Umgekehrte natürlich auch nicht! Sie verstehen, dass wir auf diesem Hintergrund etwa mit unseren muslimischen Partnern sehr sensibel diskutieren, wenn es darum geht, dass umgekehrt ein Scharia-Anspruch erhoben wird, um eine staatliche Ordnung völlig festzulegen. Das sind spannende Debatten – auch in unserem Land.

Im Einbringungsreferat in Barmen formulierte Hans Asmussen auf dem Hintergrund der Rede vom Tausendjährigen Reich: „Verkündigt der Staat ein ewiges Reich, ein ewiges Gesetz und eine ewige Gerechtigkeit, dann verdirbt er sich selbst und mit sich sein Volk.“ – 1934 hat er das

gesagt. Elf Jahre später war es so weit. Ewig ist weder Staat noch Kirche. Ewig ist das eine Wort Gottes, lebendig geworden in Jesus Christus. Das ist ewig.

Gibt es an uns Staatsbürger und Staatsbürgerinnen so etwas wie einen theologischen Auftrag und Ruf zu einer christlichen Politik? – Die Barmer Theologische Erklärung hat das Wort Gottes allen staatlichen Aufgaben und allem staatlichen Handeln vorgeordnet. Das müssen wir sehen, wenn wir nun nachdenken über die Aufgaben der Bürger und Bürgerinnen in theologischer Sicht.

Die Barmer Theologische Erklärung hat das Wort Gottes allen staatlichen Aufgaben vorgeordnet. Und sie hat das staatliche Handeln an Gottes Wort und an Gottes Gerechtigkeit gebunden. Aus dieser Bindung lassen sich Kriterien für ein politisches Handeln in christlicher Verantwortung gewinnen. Ich will das gleich an zwei konkreten Beispielen, die mir besonders am Herzen liegen, erläutern.

Eine grundsätzliche Bemerkung will ich aber noch vorausschicken: Die Bibel enthält kein politisches Programm, vor allem keine parteipolitischen Festlegungen. Aus dem Evangelium lassen sich keine eindeutigen Lösungen für aktuelle politische Fragestellungen unmittelbar abrufen und dem weltlichen Gemeinwesen als die einzig gültige christliche Antwort präsentieren.

Ich sage das in aller Demut – weil wir ja manchmal ein bisschen anders auftreten. Aber ich sage Ihnen auch: Überfordern Sie uns nicht! Manchmal zeigt sich ja der Anspruch an die Kirchen: Nun sagt mal endlich, was ihr dazu meint! – Dann kann ich immer nur sagen: Biblisch gesehen ist es so. Für mich! Nun müssen wir mal ins Gespräch kommen. – Das ist manchmal unbefriedigend, ich weiß, aber ich finde, anders geht es nicht.

Das bedeutet freilich nicht, dass, wie etwa der theologische Systematiker Ernst Troeltsch noch um 1900 gemeint hat, das Evangelium von Grund auf unpolitisch und nur mit den Idealen des persönlichen Lebens und der persönlichen Gemeinschaft befasst ist. Das stimmt nicht, finde ich. Ich bin davon überzeugt: Auch wenn sich die Bibel nicht als Navigationsgerät eignet, das man nur richtig programmieren muss, um sicher ans

Ziel zu kommen, so hält sie dennoch eine Kompassnadel bereit, die auch bei der Lösung politischer Probleme eine verlässliche Richtung weisen kann. Freilich darf man die Funktion einer solchen Nadel nicht überschätzen. Sie zeigt die Zielrichtung an. Die Straßen und Wege dorthin müssen wir schon selber finden.

Auf unsere Fragestellung bezogen heißt das: Die Bibel enthält zielgerichtete ethische Grundsätze und Gebote in reicher Fülle. So lässt sich aus der Gottebenbildlichkeit des Menschen seine besondere Würde begründen, ebenso sein Anspruch auf Freiheit und Gleichheit und seine Verpflichtung zur Verantwortung vor Gott und den Menschen.

In der Bergpredigt Jesu werden uns eine Vielzahl ethischer Lebenshaltungen und Verhaltensmaximen offenbar. Die Nächstenliebe ist als Verhaltensmaßstab in biblischen Erzählungen vielfältig erläutert. Und viele Gleichniserzählungen Jesu erweisen sich den Lesenden als ein Fundgrube für ethische Orientierung. Deshalb ist eine biblisch-theologische Sicht auf konkrete Aufgabenfelder für verantwortungsbewusste Bürgerinnen und Bürger durchaus möglich.

Zwei Akzente!

Zum Ersten: In vielen Texten der Bibel, im Alten und im Neuen Testament, begegnet uns Gottes ganz besondere Liebe für Benachteiligte, Arme und Leidende. Das motiviert Menschen in christlicher Verantwortung immer wieder neu, nach sozialer Gerechtigkeit für ihr Gemeinwesen und weltweit zu fragen und zu suchen.

Mit Sorge beobachte ich, dass Prinzipien, die jahrzehntelang unsere Gesellschaft geleitet haben, ihr Stabilität, Verlässlichkeit und sozialen Ausgleich brachten, heute theoretisch und praktisch infrage gestellt werden. Die Schere zwischen Armen und Reichen öffnet sich auch in unserem Land immer weiter. Und bei einigen wird der Begriff „Sozialstaat“ zum abwertenden Schimpfwort. Einige Missbrauchsfälle müssen dafür herhalten, dass die, die soziale Leistungen unseres Systems in Anspruch nehmen, als eine Belastung für unsere Gesellschaft gesehen werden. Die bisher geltende Bringpflicht des Staates, soziale Not zu mildern, wird infrage gestellt. Ich weiß nicht, ob man in unserem Land unter den

augenblicklichen Bedingungen wirklich noch von Sozialer Marktwirtschaft im Vollsinn des Wortes reden kann.

Ich sehe Bürgerinnen und Bürger in christlicher Verantwortung von Gottes Wort zu einer tätigen Mitleidenschaft mit allen benachteiligten Menschen gerufen. Sie können meines Erachtens nicht an Gottes Gnadenfülle und Lebensfreundlichkeit glauben und zugleich zusehen, wie Mitmenschen an ihren eingeschränkten Lebensmöglichkeiten verzweifeln oder gar sterben.

Zum Zweiten: Zwar nicht im Verborgenen, aber doch unauffällig und unspektakulär vollzieht sich ein ganz entscheidender Dienst von Bürgerinnen und Bürgern für unseren Staat und für unsere Gesellschaft. Für Christinnen und Christen heißt das: die Fürbitte! Gebet und Fürbitte sind unverzichtbare Bestandteile von Gottesdiensten, Bibelkreisen und Gebetsgemeinschaften, aber auch in Zeiten spiritueller Besinnung im privaten Raum. Alles Tun des Gerechten braucht unser Gebet. Und unser Gebet braucht die Fürbitte.

Ich sage das, weil ich fest davon überzeugt bin, dass wir geistliche Wurzeln brauchen, um nicht zu verzweifeln oder zynisch zu werden angesichts dessen, dass all unser Handeln und unser Bemühen so begrenzt sind und wir immer wieder merken, wie wir an Grenzen stoßen.

Unser verantwortliches Planen, Entscheiden und Handeln braucht die Fürbitte für die Verantwortlichen im öffentlichen Leben, für alle Mitmenschen, die Gewalt, Unrecht, Krankheit und Not erleiden, und auch für verfolgte Christinnen und Christen in aller Welt.

Fürbitte heißt: Wir bitten Gott darum, dass er Menschen gerade in Krisensituationen und dunklen Stunden nahe bleibt, dass er sein heilendes und versöhnendes Wirken gerade für Angefochtene, Leidende und Zweifelnde erfahrbar macht, dass er durch politisch verantwortliche Menschen Frieden und Gerechtigkeit wachsen lässt. Das ist nie fertig. Die vor Gott gebrachte Fürbitte entlässt uns nicht aus der Verantwortung für diese Welt. Sie ist vielmehr ein unverzichtbarer Teil unserer Weltverantwortung, eine geistliche Kraftquelle, um nicht aufzugeben oder zu verzweifeln.

Ich komme zum Schluss. – Wir Christinnen und Christen gehen mit einer Jahreslosung in dieses neue Jahr. Das muss ich hier, glaube ich, noch mal erklären – Herr Linssen hat es gestern schon gehört –: Der Begriff „Losung“ ist etwas typisch Evangelisches. Das ist ein Teekesselchen. Es meint zum einen ein Bibelwort sozusagen als Parole für den Tag, für die Woche, für den Monat oder für das Jahr. Ein orientierendes Wort, an dem wir uns ausrichten können, um die Zeit einzuordnen – das ist eine Losung.

Jetzt die zweite Begründung; diese 200 Jahre alte Tradition stammt aus Herrnhut. Die haben da eine Sammlung alttestamentlicher Bibelworte auf Zetteln, die sich in einer großen Schale befinden. Daraus werden Bibelworte für jeden Tag gelost verbunden mit der Idee: Gott gibt uns das mit für den Tag. – Dann gibt es noch eine Theologienkommission, die ein Wort aus dem Neuen Testament dazustellen. – So wird gelost. Sie glauben gar nicht, wie sprechend diese Worte sind und wirklich orientierend für ganz erstaunlich viele Situationen.

Jahreslosung! Aus dem Hebräerbrief: „Wir haben hier keine bleibende Stadt, sondern die zukünftige suchen wir.“ Das ist die Jahreslosung. Dieser Vers weist uns mit der Perspektive von Gottes zukünftiger Stadt einen Weg, unsere Gegenwart getrost und hoffnungsvoll zu gestalten, einen Weg unserer Städte, unseres Staates und unserer Kirche, Bestes zu suchen.

Der Hebräerbrief sieht eine wesentliche Herausforderung darin, den Glauben auch in persönlichen Anfechtungen und in Krisenzeiten durchzuhalten. Es geht darum, die Lebenshaltungen zu bewahren, die Jesus Christus uns Menschen gelehrt hat, und nicht darum, um jeden Preis das eigene Leben oder den eigenen Lebensstandard abzusichern. Es geht darum, dass wir unser Gottvertrauen nicht verlieren, auch und gerade in den Zeiten, in denen wir Gottes machtvolles Eingreifen in unser Leben oder in die Zustände unserer Welt schmerzlich vermissen. Es geht darum, in den Umbrüchen der Zeiten mit der Zeit zu gehen – ohne orientierungslos zu werden.

Die Jahreslosung schenkt uns einen realistischen Blick. Hier auf der Erde haben Menschen keine bleibende Stadt und keine bleibenden Werke. Nichts von dem, was wir Menschen hier auf der

Erde gestalten und bauen, erstreiten, erkämpfen und vertreten, wird ewigen Bestand haben. In dem Verlangen nach etwas, was bleibt, müssen wir Menschen uns auf die Suche nach Gott, nach seinem Wort und nach dem unzerstörbaren Leben in Gottes Reich machen. Das gilt für uns als Privatmenschen, aber auch für unsere berufliche und gesellschaftspolitische Verantwortung als Bürger und Bürgerinnen dieses Staates.

Wir müssen dabei von einem Grund ausgehen: Diese Welt ist Gottes Schöpfung. Sie ist uns anvertraut.

Das Handwerk hat das ja mit einer großartigen Werbung verbunden.

(Heiterkeit)

Gott hat die Welt geschaffen. Ab dann kommt das Handwerk zum Zuge.

(Heiterkeit)

Ich muss Ihnen offen sagen: Das ist mir sehr sympathisch. Das macht nämlich deutlich, dass wir in der Gestaltung der Welt Verantwortung übernehmen und diese Welt treuhänderisch so gestalten können – sie ist uns anvertraut –, dass sie Bestand hat und weiterentwickelt wird und dass dies allen Menschen zugute kommt.

Ich bin mit dieser Werbung also völlig einverstanden.

(Heiterkeit)

Ich meine auch, dass das Handwerk hier wirklich eine besondere Rolle spielt – so wie das Rückgrat unserer Wirtschaft, das für die soziale Basis und das soziale Zusammenleben in unserem Land in Frieden von entscheidender Bedeutung ist: in der Bildung von Menschen und in der Tatsache, dass Menschen Arbeit haben.

Ich sehe das aus theologischer Perspektive schon so, dass das auch ein Teil der Suche nach der zukünftigen Stadt Gottes ist, die die Voraussetzungen dafür liefert, dass wir Frieden, Gerechtigkeit und die Fülle des Lebens haben, für alle Menschen und an allen irdischen Orten.

Christinnen und Christen trägt die Verheißung, dass bei Gott und durch Gott anderes und Besseres möglich ist als Schulden, Krisen und Fremdenhass, als Armut, Ausbeutung und Gewalt, als Kinderfeindlichkeit und Treulosigkeit. Deshalb suchen wir im Licht der zukünftigen Stadt Gottes unserer Städte und unseres Staates Bestes schon hier auf der Erde. Und das ist möglich! Ich wünsche Ihnen die Zuversicht, dass es sich lohnt, nicht nur mit unseren Herzen, nicht nur mit unseren Mündern, sondern auch mit unserer Hände Werk Gottes zukünftige Stadt zu suchen.

Gott schütze in diesem Sinne das ehrbare Handwerk!

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall)

**Prof. Wolfgang Schulhoff:**

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin tief ergriffen. Er hat alles übertroffen, was ich ankündigend über ihn gesagt habe. So ist unser Präses. So habe ich ihn kennen und schätzen gelernt. Und diese Rede lasse ich so stehen, wie sie ist. Das war ein großartiger Anfang unseres Jahres hier.

Sie sehen, meine sehr verehrten Damen und Herren, es geht auch mal so: dass man wieder über das nachdenkt, was uns letztlich zusammenhält, was wichtiger ist als alles andere.

Ich war sehr glücklich und froh, gerade ich persönlich, dass Sie die Barmer Erklärung ansprachen, Herr Präses. Das war das Erste, was mich mit meiner Kirche in der Nachkriegszeit wieder versöhnt hat. Und dabei will ich es belassen.

Also nochmals herzlichen Dank! Das war wieder eine Rede, wie wir sie gewohnt waren: Ganz hervorragend!

Danke! Ich glaube, dass ich in diesen Dank Sie alle hier einschließen kann.

(Beifall)

Ich wünsche uns jetzt noch einen guten und netten Verlauf unseres Abends.

(Beifall)

## Bisherige Veröffentlichungen „Dialog Handwerk“

- 2.2012 Verleihung des Europäischen Handwerkspreises 2012 an Bundespräsident a.D. Prof. Dr. Roman Herzog
- 1.2012 Europa neu denken – Hat eine freiheitliche Wirtschaftsordnung Zukunft? Dokumentation zum Dreikönigstreffen am 12. Januar 2012
- 2.2011 Heinz-Dieter Smeets, Staatsschuldenkrise in Europa: Ist die Finanzierung der Schuldnerländer alternativlos? Oktober 2011
- 1.2011 Mehr als Wirtschaft - Handwerk als Lebensform und Wertekosmos?! Die Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft. Dokumentation des Dreikönigsforums am 13. Januar 2011
- 3.2010 Verleihung des Europäischen Handwerkspreises 2010 an den Vorsitzenden des Rates der Evangelischen Kirche, Präses Nikolaus Schneider
- 2.2010 Hanns-Eberhard Schleyer, Quintessenz: Zwei Jahrzehnte Interessenvertretung für das deutsche Handwerk im Geflecht von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft
- 1.2010 Handwerk und Mittelstand als Chance. Dokumentation des Dreikönigsforums am 14. Januar 2010
- 1.2009 Prinzip Verantwortung - Was hält unsere Gesellschaft zusammen? Dokumentation des Dreikönigsforums am 8. Januar 2009
- 1.2008 Wandel im Parteiensystem - Was bedeutet dies für die wirtschaftliche Situation von Handwerk und Mittelstand? Dokumentation des Dreikönigsforums am 10. Januar 2008
- 1.2007 Was ist die Mitte unserer Republik? Dokumentation des Dreikönigsforums am 11. Januar 2007
- 2.2006 Nur die Freiheit taugt für morgen! Verleihung des Europäischen Handwerkspreises an Dr. Guido Westerwelle MdB am 23. November 2006 in Köln
- 1.2006 Europa - Qua vadis? Wie kann dem Subsidiaritätsprinzip auf europäischer Ebene Geltung verschafft werden? Dokumentation des Dreikönigsforums am 11. Januar 2006
- 2.2005 Aufbruch im größten Bundesland - Nordrhein-Westfalen nach der Entscheidung des Wählers Round-Table-Gespräch mit Dr. Jürgen Rüttgers, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen. Dokumentation der Veranstaltung „Politik im Dialog“ am 7. Juli 2005
- 1.2005 Nordrhein-Westfalen - Wie lässt sich ein Aufbruch für das größte deutsche Bundesland erreichen? Dokumentation des Dreikönigsforums am 11. Januar 2005
- 3.2004 Mehr Freiheit wagen! Verleihung des Europäischen Handwerkspreises an Dr. Jürgen Rüttgers MdL am 18. November 2004 in Köln
- 2.2004 Standort Deutschland und Standort NRW. Round-Table-Gespräch mit Professor Dr. Andreas Pinkwart MdB, Vorsitzender der FDP NRW, und Dr. Ingo Wolf MdL, Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion NRW. Dokumentation der Veranstaltung Politik im Dialog am 6. Juli 2004

Nordrhein - Westfälischer Handwerkstag

Georg-Schulhoff-Platz 1

40221 Düsseldorf

Telefon 0211 39 68 48

Telefax 0211 93 04 966

[www.nwht.de](http://www.nwht.de)

[info@nwht.de](mailto:info@nwht.de)